Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes

Der Hessische Minister des Innern
Anerkennung ausländerischer Pässe; hier: Jordanische Reise-
pässe
Unterbringung der staatlichen Polizei des Landes Hessen
Prüfstelle für Betonversuche in Lahn Hessen
Änderung der Grenzen zwischen den Gemeinden Großbinder
und Mühl, Landkreis Fulda
Eingliederung der Gemeinde Alzberg, Landkreis Gelnhausen,
in die Stadt Seligenstadt, Landkreis Seligenstadt
Eingliederung der Gemeinde Flammersbach in die Stadt Hei-
er, Dillkreis
Zusammenschluß der Gemeinden Allen, Mittlau, Bernbach, Hax-
bach, Neuses und Somborn im Landkreis Gelnhausen zu
der neuen Gemeinde „Freigericht“
Zusammenschluß der Gemeinden Heldenberg im Landkreis
Erfweiler und der Stadt Windecken im Landkreis Hanau zur
Stadt „Niederau“ im Landkreis Hanau
Zusammenschluß der Gemeinden Langendorf und Meschen-
gen im Landkreis Hanau zu der neuen Gemeinde „Elbenlee“,
Zusammenschluß der Gemeinden Ihingenhausen, Knackhagen,
Simmershausen, Wahnhausen und Wilhelmshausen im Land-
kreis Kassel zu der neuen Gemeinde „Fuldaal“

Der Hessische Minister der Finanzen
Durchführung der Rechnungsaufsicht, über die Gewährung
einer einmaligen Überbrückungszulage
Anwendung des § 153 HGB; hier: Entscheidungen des Bundes-
verwaltungsgerichtes vom 1. 9. 1970 — Verwaltungsverfahren
Richtlinien über die Versicherung des Landes Hessen gegen
Schäden aller Art
Anwendung der Gebührenordnung für Leistungen der Kata-
sterbehörden; hier: Änderung

Der Hessische Kultusminister
Ungültigkeitsklärung eines Dienstleiters
Änderungen der Satzung der Technischen Hochschule Darmst-
adt

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
Richtlinien für die Verordnung von Ordnungswidrigkeiten im
Bereich der Bergverwaltung
Widmung der im Zuge der Landesstraße 4029 neugebauten
Straße in der Nähe der Stadt Kranichstein
Widmung der im Zuge der Landesstraße 4029 neugebauten
Strecke sowie Abstufung der Stadtteile der bisherigen Landes-
straße 3249 in der Gemarkung Ehlen, Landkreis Fulda
Widmung von im Zuge der Landesstraße 3397 neugebauten
Strecken sowie Abstufung bzw. Einziehung von Teilstrecken
der Landesstraße 3397 in der Gemarkung Niederkirchen, Land-
kreis Marburg
Abstufung der Kreisstraßen 28 und 24 in den Gemarkungen
Wonnau und Bischoffen, Landkreis Gelnhausen
Widmung einer im Zuge der Landesstraße 3730 neugebauten
Strecke sowie Abstufung bzw. Einziehung von Teilstrecken
der Landesstraße 3730 in der Gemarkung Kierssingen, Landkreis
Fulda
Abstufung sowie Einziehung von Teilstreken der Kreisstraße
54 in der Gemarkung Mauers, Landkreis Hünfeld

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hess-
ischen Statistischen Landesamt, 8200 Wiesbaden Rhein-
straße 38/37

Staat und Wirtschaft in Hessen

24. Jahrgang • Helt 12 • Dezember 1969

A u s d e m I n h a l t:
Hauptdaten der Entwicklung von Bevölkerung und
Wirtschaft in Hessen 1969
Das Volkeinkommen in Hessen (Methodische Hin-
weise und erste Ergebnisse 1960 bis 1968)

Verbreitung der männlichen und weiblichen Wähler jedes
verschiedener Altersgruppen (Ergebnisse einer repräsen-
tativen Auszählung bei der Bundestagswahl 1969)

Im Straßenverkehr verunglückte Kinder

Das Verhalten männlicher und weiblicher Wähler von
derschiedener Altersgruppen (Ergebnisse einer repräsen-
tativen Auszählung bei der Bundestagswahl 1969)

Beiträge zur Statistik Hessens
Nr. 24 Neue Folge

Viehwirtschaft 1965 bis 1968

3,50

Statistische Berichte

A 1, A 2 — bj 1/69

Die Wohnbevölkerung der hessischen Gemeinden am
30. 6. 1969

2,50

Das Vertraut von männlichen und weiblichen Wähler jedes
verschiedener Altersgruppen (Ergebnisse einer repräsen-
tativen Auszählung bei der Bundestagswahl 1969)

Im Straßenverkehr verunglückte Kinder

Verbreitung der männlichen und weiblichen Wähler jedes
verschiedener Altersgruppen (Ergebnisse einer repräsen-
tativen Auszählung bei der Bundestagswahl 1969)

Beiträge zur Statistik Hessens
Nr. 24 Neue Folge

Viehwirtschaft 1965 bis 1968

3,50

Statistische Berichte

A 1, A 2 — bj 1/69

Die Wohnbevölkerung der hessischen Gemeinden am
30. 6. 1969

2,50
Anerkennung ausländischer Pässe:

Hier: Jordanische Reisepässe

Bezug: Erlaß vom 24. 2. 1969 (StAnz. S. 408)


Die Inhaber des Passes können, auch wenn sie nicht die jordanische Staatsangehörigkeit besitzen, jederzeit, d. h. auch nach Ablauf der Gültigkeitsdauer des Passes oder im Falle seiner Einziehung oder Ungültigkeitsklärung, ohne besonderen Rückreisevisaum nach Jordanien zurückkehren. Es bleibt deshalb bei der mit Bezugserlaß getroffenen Regelung.

Wiesbaden, 15. 12. 1969

Der Hessische Minister des Innern

III A 31 — 23 d StAnz. H/1970 S. 2

Unterbringung der staatlichen Polizei des Landes Hessen

1. Allgemein

Die Dienststellen der staatlichen Polizei sowie Anlagen und Einrichtungen, die dem Dienstbetrieb bzw. der polizeilichen Ausbildung dienen, sind möglichst in landeseigenen Gebäuden und Liegenschaften unterzubringen. Soweit die landeseigenen Liegenschaften der staatlichen Polizeiverwaltung zur Deckung des Raumbedarfs nicht ausreichen und durch Anfrage bei anderen Ressortverwaltungen im Einzelfall festge stellt ist, daß für polizeiliche Zwecke geeignete Liegenschaften nicht zur Verfügung gestellt werden können sowie Neu bauungs- oder Mängel an Baugrundstücken oder aus hauptsächlichen rechtlichen oder zeitlichen Gründen nicht zu realisieren sind, ist die Anmietung oder Mitbenutzung geeigneter Objekte im Rahmen der jeweils für diese Zwecke im Haushaltsplan veranschlagten Mittel vorzusehen.

II. Raumbedarfsnachweise und Stellenplan

1. Dem Antrag zur Bereitstellung einer Unterkunft ist grundsätzlich eine Raumbedarfsnachweise mit Stellenplan für die unterzubringende Dienststelle (vgl. Anlagen 1 und 2) beizufügen. Raumbedarfsnachweise und Stellenplan bedürfen in jedem Fall meiner Genehmigung.


Die Aufstellung von Raumbedarfsnachweisen für Bau maßnahmen des Bauhaushalts (Epl. 18) behalte ich mir vor.

III. Landes eigene Liegenschaften

1. Die Prüfung und Feststellung, ob landeseigene Gebäude zur Unterbringung von Dienststellen oder unbebaute Grundstücke für polizeiliche Zwecke im Bereich der staatlichen Polizeiverwaltung zur Verfügung stehen, obliegt jeweils den zuständigen Polizeiabteilungen im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsverwaltungsamt der Hephischen Polizei.

Anträge auf Überlassung oder Mitbenutzung von landeseigenen Gebäuden und Grundstücken anderer Ressortverwaltungen (z. B. Behördenhäuser oder an anderweitigen Verwendung freigegeben Liegenschaften) sind mir auf dem Dienstweg vorzulegen, wenn berechtigte Gründe zur Verwendung der Liegenschaften für polizeiliche Zwecke gegeben sind und die benötigten Räumlichkeiten voraussichtlich zur Verfügung gestellt werden können.
IV. Anleitung von Unterkünften


2. Die Verhandlungen zur Anleitung führen grundsätzlich das Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessen Polizei im Einvernehmen mit den beteiligten Polizeidienststellen unter Beachtung aller maßgeblichen einschlägigen Bestimmungen.


5. Die Anleitung hat in der Regel gegen laufende Mietzahlungen zu erfolgen. In begründeten Ausnahmefällen kann zur Deckung bzw. teilweisen Deckung der dem Vermieter in Zusammenhang mit der Bereitstellung von Mieträumen entstehenden Baukosten im Rahmen der im Haushaltsplan veranschlagten Mittel eine Mietvorauszahlung für einen Zeitraum von höchstens 10 Jahren unter folgenden Bedingungen gewährt werden:

   a) Die Höhe der Mietvorauszahlung richtet sich nach der Monatsmiete bei Anwendung der nachstehenden Tabelle, die eine Verzinsung des vorauszahlenden Gesamtbetrages von jährlich 4 v. H. berücksichtigt.

   

<table>
<thead>
<tr>
<th>Dauer der Mietvorauszahlung im Monat</th>
<th>Grundzahl</th>
<th>Dauer der Mietvorauszahlung im Monat</th>
<th>Grundzahl</th>
<th>Dauer der Mietvorauszahlung im Monat</th>
<th>Grundzahl</th>
<th>Dauer der Mietvorauszahlung im Monat</th>
<th>Grundzahl</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>3</td>
<td>2,99</td>
<td>3</td>
<td>31,30</td>
<td>63</td>
<td>56,93</td>
<td>93</td>
<td>80,12</td>
</tr>
<tr>
<td>6</td>
<td>5,95</td>
<td>6</td>
<td>33,98</td>
<td>65</td>
<td>59,35</td>
<td>96</td>
<td>82,31</td>
</tr>
<tr>
<td>9</td>
<td>8,88</td>
<td>9</td>
<td>36,64</td>
<td>69</td>
<td>61,75</td>
<td>99</td>
<td>84,49</td>
</tr>
<tr>
<td>12</td>
<td>11,78</td>
<td>12</td>
<td>39,26</td>
<td>72</td>
<td>64,13</td>
<td>102</td>
<td>86,64</td>
</tr>
<tr>
<td>15</td>
<td>14,66</td>
<td>15</td>
<td>41,85</td>
<td>75</td>
<td>66,48</td>
<td>105</td>
<td>88,76</td>
</tr>
<tr>
<td>18</td>
<td>17,50</td>
<td>18</td>
<td>44,44</td>
<td>78</td>
<td>68,81</td>
<td>108</td>
<td>90,87</td>
</tr>
<tr>
<td>21</td>
<td>20,32</td>
<td>21</td>
<td>46,99</td>
<td>81</td>
<td>71,12</td>
<td>111</td>
<td>92,96</td>
</tr>
<tr>
<td>24</td>
<td>23,11</td>
<td>24</td>
<td>49,51</td>
<td>84</td>
<td>73,40</td>
<td>114</td>
<td>95,03</td>
</tr>
<tr>
<td>27</td>
<td>25,87</td>
<td>27</td>
<td>52,01</td>
<td>87</td>
<td>75,66</td>
<td>117</td>
<td>97,07</td>
</tr>
<tr>
<td>30</td>
<td>28,60</td>
<td>30</td>
<td>54,48</td>
<td>90</td>
<td>77,90</td>
<td>120</td>
<td>99,10</td>
</tr>
</tbody>
</table>


   Beispiel zur Berechnung des für vier Jahre im voraus zu zahlenden Betrages bei einer Monatsmiete von 500,— DM:
   Grundzahl bei 48 Monaten = 44,44

   Mietvorauszahlung: 500 · 44,44 = 22 220,— DM

   In Ausnahmefällen kann anstatt der Verzinsung nach der Tabelle die ortsübliche Miete entsprechend herabgesetzt werden.

   Beispiel für eine herabgesetzte Miete und die sich daraus ergebende Berechnung des Vorauszahlungsbetrages: ortsübliche monatliche Miete für 200 qm Nutzfläche = 500,— DM = 2,50 DM/qm. Die Miete soll entsprechend dem nach der Tabelle errechneten (verzinsten) Vorauszahlungsbetrag herabgesetzt werden:
   200
   Herabgesetzte monatliche Miete: 200 · 2,31 = 462,— DM
   Mietvorauszahlung: 462 · 48 = 22 176,— DM

   b) Zu der vom Vermieter beabsichtigten baulichen Maßnahme (die Bezeichnung ist Bestandteil des Mietvertrages), den hierfür veranschlagten Kosten sowie zur Angemessenheit der berechneten ortsüblichen Miete ist in jedem Fall eine Stellungnahme des zuständigen Staatsbauministers anzufordern.

   c) Die Vorauszahlung des Mietzinses darf nur erfolgen, wenn ausreichende Sicherheiten (vgl. § 374 BGB) gegeben sind. Fehlen diese Sicherheiten, so darf aus zwingenden Gründen die Miete auch dann im voraus gezahlt werden, wenn die Mieträume übernommen sind und eine finanzielle Schädigung des Landes offenbar nicht zu befürchten ist.


   Das Recht des Mieters zur Rückforderung des nicht abgeworollen Vorauszahlungsbetrages bei Verhängung der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung über die Mietrente ist ebenfalls in den Mietvertrag aufzunehmen.

V. Hausverwaltende Behörde

Das Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei ist hausverwaltende Behörde für die landesgeigenen Liegenschaften der staatlichen Polizei. Es wird ermächtigt, diese Befugnisse auf die Wirtschaftsverwaltungen der Hessischen Bereitschafts-polizei und der Hessischen Polizeischule zu übertragen.

Soweit Maßnahmen der hausverwaltenden Behörde die unterkunftsmäßigen Belange der Polizeidienststellen oder die Nutzung der Liegenschaften für polizeiliche Zwecke berühren, sind die betreffenden nutzenden Dienststellen rechtzeitig zu beteiligen.


Wiesbaden, 3. 12. 1969

Der Hessische Minister des Innern

III A 13 — 35 v 04

* StAnz. I/1970 S. 2
### Anlage 1
(Abschn. II 1)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Personalstarken</th>
<th>Bes.-Gr., Verg.-Gr., Lohnempf.</th>
<th>Aufteilung der Personalstärken auf die Sachgebiete</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Zus.:**

- Aufgestellt: 
  - den: 

- Geprüft und anerkannt: 
  - den: 

**Der Hessische Minister des Innern**

Im Auftrag

(Unterschrift — Dienstbezeichnung)

**Bemerkung:**

In den Stellenplan sind die Stellen der planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten, Angestellten und Arbeiter aufzunehmen.

### Anlage 2
(Abschn. II 1)

**Raumbedarfs-Nachweis**

**betr.:**

**Bemerkungen:**

1. Bei Neubauten können bei Aufstellung der Raumbedarfs- nachweisung die Spalten 3 und 7 bis 12 entfallen.

2. Die festgestellte Gesamtfläche der neu zu schaffenden reinen Büroräume (Spalten 14 und 16) abzüglich der Zuschläge (Sp. 20), geteilt durch die Zahl der neu unterzubringenden Personen (Sp. 4), soll eine Quadratmeterzahl ergeben, die zwischen 8—10 liegt. Der Nachweis ist zu erbringen.


4. Für Bürroraumreserve sind rd. 8—10% der Bürroraumfläche vorzusehen.

**Nachweis der neuen reinen Büroraumfläche:**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Gesamtfläche Spalte 14</th>
<th>qm</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>plus Gesamtfläche Spalte 16</td>
<td>qm</td>
</tr>
<tr>
<td>zusammen</td>
<td>qm</td>
</tr>
<tr>
<td>Ab Gesamtfläche der Spalte 20</td>
<td>qm</td>
</tr>
<tr>
<td>mithin reine Bürofläche</td>
<td>qm</td>
</tr>
<tr>
<td>Fläche pro Person</td>
<td>rd.</td>
</tr>
</tbody>
</table>

- Aufgestellt: Wiesbaden, den Dienststelle

**Der Hessische Minister des Innern**

Im Auftrag

( Unterschrift, Dienstbezeichnung)
Prüfstelle für Betonversuche im Lande Hessen

Bekanntg. Mein Erlaß vom 21. 6. 1951 Az. VB/8 — 61 e 08
(5) Tbg.-Nr. 2583/51

Die Firma Philipp Holzmann AG, Frankfurt/Main hat ihre Prüfstelle für Betonversuche nach Neu-Isenburg verlegt und mit neuen Prüfeinrichtungen gemäß nachstehender Tabelle ausgestattet.

<table>
<thead>
<tr>
<th>Ort</th>
<th>Anschrift der Prüfstelle</th>
</tr>
</thead>
</table>
| Neu-Isenburg | Firma Philipp Holzmann AG, Neu-Ise

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 2. 12. 1969

Der Hessische Minister des Innern

V A 2 — 64 a 08 — 28/69

StAnz. I/1970 S. 5

Zusammenschluß der Gemeinden Altenmitlau, Bernbach, Horbach, Neuses und Somborn im Landkreis Gelnhausen zu der neuen Gemeinde „Freigericht“

Die Hessische Landesregierung hat am 16. Dezember 1969 beschlossen:

„Gemaß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. J uli 1960 (GVBL. S. 103) und § 14 Abs. 2 in Verbindung mit § 18 HGO von der Aufsichtsbehörde durchzuführen."

Wiesbaden, 17. 12. 1969

Der Hessische Minister des Innern

IV A 22 — 3 k 08/05 — 3/69

StAnz. I/1970 S. 5

Zusammenschluß der Gemeinde Heldenberg im Landkreis Friedberg und der Stadt Windecken im Landkreis Hanau zur Stadt „Nidderau“ im Landkreis Hanau

Die Hessische Landesregierung hat am 16. Dezember 1969 beschlossen:

„Gemaß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. J uli 1960 (GVBL. S. 103) und § 14 Abs. 2 in Verbindung mit § 18 HGO von der Aufsichtsbehörde durchzuführen."

Wiesbaden, 17. 12. 1969

Der Hessische Minister des Innern

IV A 22 — 3 k 08/05 — 4/69

StAnz. I/1970 S. 5
Zusammenschluß der Gemeinden Langendiebach und Rückingen im Landkreis Hanau zu der neuen Gemeinde „Erlensee“

Die Hessische Landesregierung hat am 16. Dezember 1969 beschlossen:


Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, gemäß § 18 HGO von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 17. 12. 1969

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 08/85 — 4/69
StAnz. 1/1970 S. 6

Durchführung des Gesetzes über die Gewährung einer einmaligen Überbrückungszulage


Zur Durchführung des Gesetzes gebe ich folgende Hinweise:


3. Praktikanten im Sinne des § 1 Abs. 4 des Gesetzes sind nur diejenigen Praktikanten, die nach § 23 a HBG in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis stehen und Unterhaltsbeihilfen erhalten.


6. Die Überbrückungszulage für Vollwaisen erhalten auch nichteheliche Kinder, die einen Unterhaltsbeitrag nach § 141 Abs. 2 HBG erhalten.

7. Auf die Überbrückungszulage findet die Kürzungsvorschrift des § 143 HBG keine Anwendung.

8. Empfänger von Vollwaisengeld oder entsprechenden Unterhaltsbeiträgen nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes sind Vollwaisen, nicht dagegen die Halbwaisen, die nach § 142 Abs. 2 HBG Waisengeld bis zum Satz für Vollwaisen erhalten, weil die Mutter nicht zum Bezug von Witwen- und Witwenkindergeld berechtigt ist und auch keinen Unterhaltsbeitrag in Höhe des Witwenkindergeldes erhält.

Waisen, die Unfallwaisengeld nach § 158 Abs. 1 Nr. 2 HBG erhalten, sind dann als Empfänger vor Vollwaisengeld im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes zu behandeln, wenn auch die Mutter nicht mehr lebt. Die ehernlosen Enkel stehen hierbei den ehelichen Kindern des Verstorbenen gleich.


11. Für Besoldungs- oder Versorgungsempfänger, die im Monat Oktober vor dem Stichtag des § 1 des Gesetzes verstorben sind, wird die Überbrückungszulage an die versorgungsberechtigten Hinterbliebenen gewährt. Sind versorgungsberechtigte Hinterbliebene nicht vorhanden, so ist die Überbrückungszulage an die Erben zu zahlen.


15. Sofort die Haushaltsmittel für das Rechnungsjahr 1969 durch die Zahlung der Überbrückungszulage überzogen werden, gilt meine Zustimmung für die Mehrausgabe als erteilt.

16. Den Kassen, die Zahlungen der Überbrückungszulage für Beamte ohne Einzelkassenanweisungen durchführen, wird hiermit allgemeine Auszahlungsanweisung nach den Vollzugsbestimmungen zur RRO § 68 Abs. 1 Buchst. c erteilt.

Wiesbaden, 15. 12. 1969

Der Hessische Minister der Finanzen
P 1590 A — 401 — I B 21
StAnz. 1/1970 S. 6
Anwendung des § 152 HBG:


Bezug: Mein Runderlaß vom 19. Dezember 1967 (StAnz. 1968 S. 2)


Wiesbaden, 10. 12. 1969
Der Hessische Minister der Finanzen
P 1043 A — 19 I B 02 a
StAnz. 1/1970 S. 7

Richtlinien über die Versicherung des Landes Hessen gegen Schäden aller Art

1. Eine Versicherung des Landes gegen Schäden aller Art (Feuer, Wasser, Haftpflicht, Transport, Diebstahl u. a. m.) hat grundsätzlich zu unterbleiben. In Schadensfällen sind die entsprechenden Kosten aus Haushaltsmitteln zu decken — Grundsatz der Selbst-(Nicht-)Versicherung —.

2. Ausnahmeweise sind Versicherungen beizubehalten oder zu begründen, wenn
a) Versicherungspflicht auf Grund gesetzlicher oder orts- oder -statutarischer Vorschriften oder auf Grund von Verträgen besteht,
b) besondere Verhältnisse dienen als dringend geboten er- scheinenden lassen und der Minister der Finanzen vorher zustimmt.

3. Zu Nr. 2 a) ist zu beachten:

Eine Befreiung vom Haftpflichtversicherungszwang gilt nach § 43 des Luftverkehrsgesetzes in der Fassung vom 4. 11. 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 1113) auch für das Land als Halter von Luftfahrzeugen.

Versicherungspflicht besteht hingegen z. B. in gebäude- und versicherungsgesetzlicher Hinsicht auf Grund älterer Ge- setze mit räumlich begrenzter Wirkung.

Soweit die Versicherungspflicht auf Vertrag beruht, ist bei der nachfolgenden Vertragsänderung auf ihre Beiti- gung hinzuwirken.

4. Zu Nr. 2 b) ist zu beachten:

5. Bei der Versendung von Wertgegenständen ist nach fol- genden Grundsätzen zu verfahren:


c) Bei Versendung von Verschlußsachen sind die Bestimmungen der Verschlußsachenverordnung zu beachten.

Mein Erlaß vom 17. Januar 1982 — Az.: H 4243 — III a / 1 a (StAnz. S. 126) wird hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 9. 12. 1969
Der Hessische Minister der Finanzen
H 4243 — III A 5 / 51
StAnz. 1/1970 S. 7

Anwendung der Gebührordnung für Leistungen der Katasterämter

hier: Änderung

Nr. 4 Buchst. i) des Bezugserlasses erhält folgende Fassung:

1. Siedlung nach dem Reichsversicherungsgesetz


1. Eingliederungsmaßnahmen nach dem Bundesvertriebenen- gesetz gemäß den Verwaltungsanordnungen vom 16. 11. 1954 (StAnz. S. 1156), vom 31. 1. 1956 (StAnz. S. 169) und von 31. 5. 1957 (StAnz. S. 561) vgl. hierzu auch Buchst. k) dieses Erlasses;
2. die Umwandlung von Pacht in Eigentum gemäß den Ver- waltungsanordnungen vom 28. 9. 1959 (StAnz. S. 983) und vom 2. 2. 1966 (StAnz. S. 297);
3. den Erwerb bestehender Objekte durch Land- oder Wald- arbeiter gemäß der Verwaltungsanordnung vom 8. 7. 1966 (StAnz. S. 1049);
4. Aussiedlungen und bauliche Maßnahmen in Altgehöften gemäß der Verwaltungsanordnung vom 18. 6. 1967 (StAnz. Seite 1038) und

Die Gebührenbefreiung ist ohne weitere Nachprüfung zuzu- gestehen, wenn das Kulturnat oder das gemeinsinnige Sied- lungsunternehmen versichert, daß es sich um ein Siedlungs- verfahren im Sinne des RSG handelt und daß der Antrag oder die Handlung zur Durchführung dieses Verfahrens er- folgt.

Die Gebührenbefreiung erstreckt sich nicht auf die Auslagen.

Wiesbaden, 12. 12. 1969
Der Hessische Minister der Finanzen
Az.: K 3300 A — 301 — IV B 3
StAnz. 1/1970 S. 7
Der Hessische Kultusminister

Ungültigkeiserklärung eines Dienstieges

Bei einem Einbruch in die Helene-Lang-Schule in Frankfurt am Main-Höchst wurde aus einem verschlossenen Tresor u. a. auch das Dienstiegel der Schule entwendet. Es handelt sich um einen Farbdruckstempel aus Gummi, 35 mm und folgende Umschrift in Großbuchstaben:

Helene-Lang-Schule
Gymnasium in Frankfurt a. M.

Vorstehendes Dienstiegel wird hiermit für ungültig erklärt; jede Benutzung wird strafrechtlich verfolgt.

Wiesbaden, 12. 12. 1999

Der Hessische Kultusminister

V 1 — 000:074 — 3

StAnz. I/1970 S. 8

Änderungen der Satzung der Technischen Hochschule Darmstadt

Gemäß § 6 Abs. 3 Satz 2 Hochschulgesetz habe ich mit den Ermessen vom

31. 1. 1999 Az.: H II — 410/4 — 59 —
28. 2. 1999 Az.: H II 3 — 410 0 — 64 —
27. 3. 1999 Az.: H II 3 — 410/4 — 66 —
16. 6. 1999 Az.: H II 3 — 410 0 — 75 —
7. 7. 1999 Az.: H II 3 — 410 0 — 79 —
7. 8. 1999 Az.: H II 3 — 410 0 — 86 —


Ich gebe die Satzungsänderungen in der Fassung der Genehmigungserlass nachstehend bekannt.

Wiesbaden, 22. 12. 1999

Der Hessische Kultusminister

H II — 410 0 — 105 —

StAnz. I/1970 S. 8

Änderungen der Satzung der Technischen Hochschule Darmstadt

1.

Die Satzung der Technischen Hochschule in Darmstadt wird wie folgt geändert:

1. § 10 (Zusammensetzung des Senats)

wird wie folgt geändert:

a) Abs 1 bis 3 sowie Abs 5 erhalten folgende Fassung:

„(1) Mitglieder des Senats sind:
1. der Rektor als Vorsitzender,
2. die Konrektoren,
3. der mit der ersteren Rektor mit beratender Stimme,
4. der Kanzler,
5. die Dekane,
6. drei Vertreter der Hochschullehrer, von denen mindestens einer Privatdozent sein muß,
7. vier Vertreter der Wissenschaftlichen Mitarbeiter (Nichthabilitierten),
8. acht Vertreter der Studentenschaft, wobei jede Fakultät durch einen Vertreter vertreten sein soll,
9. zwei Vertreter der Nichtwissenschaftlichen Bediensteten.

(2) Die in Abs 1 bezeichneten Vertreter können durch ihre Stellvertreter stimmberechtigt vertreten werden. Die Stellvertretung ist nicht auf den Fall der Verhinderung beschränkt.


b) Der bisherige Abs 2 wird Abs 6.

2. Die Überschrift des § 11 und dessen Abs 1, 2 und 4 erhalten folgende Fassung:

„§ 11 Wahl und Amtszeit der Vertreter der Hochschullehrer, der Wissenschaftlichen Mitarbeiter (Nichthabilitierten) und der Studentenschaft


(2) Die in § 10 Abs 1 genannten Vertreter der Wissenschaftlichen Mitarbeiter (Nichthabilitierten) und deren Stellvertreter werden auf die Dauer eines Jahres bestellt; die Bestellung erfolgt nach der durch die Versammlung der Wissenschaftlichen Mitarbeiter (Nichthabilitierten) für beschlossene Regelung.

(3) Die in § 10 Abs 1 genannten Vertreter der Nichtwissenschaftlichen Bediensteten und deren Stellvertreter werden auf die Dauer von 2 Jahren bestellt; die Bestellung erfolgt nach der durch die Versammlung der Nichtwissenschaftlichen Bediensteten für beschlossene Regelung. Bis zum Vorliegen einer solchen Regelung erfolgt die Wahl durch den Vertreter der Nichtwissenschaftlichen Bediensteten im Großen Senat (§ 12 Abs 2 Ziffer 4)."

3. § 12 (Zusammensetzung des Großen Senats)

erhält folgende Fassung:


(2) Mitglieder mit Stimmrecht sind:
1. sechsturdieß Hochschullehrer,
2. sechsturdieß Wissenschaftliche Mitarbeiter,
3. sechsturdieß Studenten,
4. zwölf Nichtwissenschaftliche Hochschulangehörige.


2. Von den Mitgliedern nach Abs 2 Ziff. 2 werden je vier von jeder Fakultätsgemeinde, acht auf die Satzungen der Wissenschaftlichen Mitarbeiter gewählt. Die Amtszeit beträgt ein Jahr."


(4) Die Vertreter gemäß Abs. 2 Ziff. 1, 2, 3 und 4 dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder des Senats sein. Wirb ein Mitglied des Großen Senats in den Senat gewählt, so erlischt sein Stimmrecht im Großen Senat.


(6) Der Große Senat wählt ein Präsidium, dem aus jeder Mitgliederguppe nach Abs. 2 Ziff. 1—4 ein Mitglied sowie ein Mitglied des Senats angehören. Die Amtszeit der Mitglieder des Präsidiums beträgt ein Jahr.

§ 16 (Wahl und Amtszeit des Dekans)

4. § 16 (Wahl und Amtszeit des Dekans) wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Der Dekan wird im Laufe des Sommersemesters vor der Wahl der Mitglieder des Direktoriums aus dem Kreis der beamten Professoren der Fakultät grundsätzlich für die Dauer von zwei Amtszeiten gewählt."

b) Abs. 1 wird folgender Satz 4 angefügt:

"Das Nähere regelt die Fakultätsausschüsse."

c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

"Stellvertreter des Dekans ist sein Amtsleiter als Prodekan, bei dessen Verhinderung die derzeit amtierende Professor der Fakultät."

d) Abs. 4 Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Tritt die Vakanz nach diesem Zeitpunkt ein, so übernimmt der Prodekan, nach der Wahl des designierten Dekans dieser das Amt des Dekans."

§ 23 (Arbeitsweise des Senats)

5. § 23 (Arbeitsweise des Senats) wird wie folgt geändert:

§ 23 Abs. 2 werden folgende Sätze 6 bis 8 angefügt:

"Wird ein Beschluss gegen die Mehrheit der Stimmen der Studenten gefasst, so hat diese das Recht, eine erneute Behandlung des Antrags in der nächsten Senatsversammlung zu verlangen. Dem Verlangen muß entsprochen werden; es hat aufschließende Wirkung. Für eine gleichlautende Entscheidung über den nachfolgenden Antrag ist eine Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Senatsmitglieder erforderlich."

§ 29 (Aufgaben des Großen Senats)

6. § 29 (Aufgaben des Großen Senats) erhält folgende Fassung:

"(1) Der Große Senat ist zuständig für:
2. ?
3. Verabschiedung und Änderung der Satzung,
4. Beschlusse der grundlehrende Fragen der Hochschule und des Hochschulwesens,
"(2) Zur Beschlusse des Senats müssen zwei Drittel der nach der Satzung stimmberechtigten Mitglieder anwesend sein.
(3) Beschlüsse nach Abs. 1 Ziff. 3 bedürfen einer Mehrheit von zwei Drittel der Anwesenden, jedoch mindestens der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder.
(4) Beschusse nach Abs. 1 Ziff. 3 können nur nach zwei Beratungen des Beschlussegenandes gefaßt werden, wobei die zweite Beratung frühestens am sechsten Tage nach der ersten Beratung stattfindet.
(5) Beschlüsse nach Abs. 1 Ziff. 4 bedürfen einer Mehrheit von zwei Drittel der Anwesenden, jedoch mindestens der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder. Wird diese Mehrheit nach der ersten Beratung nicht erreicht, findet frühestens am siebenten Tage nach der ersten Beratung eine zweite Beratung statt, bei der der Beschlusse der einfache Mehrheit genügt.
(6) Zur Vorbereitung seiner Beschlüsse kann der Große Senat Ausschüsse und (oder) Beauftragte einsetzen."

7. § 29 (Sitzungen des Großen Senats)

wird wie folgt geändert:

Abs. 3 erhält folgende Fassung:

"(3) Der Große Senat tritt zusammen, wenn das Präsidium dies beschließt oder der Senat, eine Fakultät gemäß Abs. 2 oder ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder des Großen Senats dies schriftlich unter Angabe der zu behandelnden Angelegenheit fordert. Das Präsidium kann statt dessen die Angelegenheiten in die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Sitzung aufnehmen, wenn diese Sitzung innerhalb des auf den Antrag folgenden Monats anberaumt wird, und es sich um neu zu beratende Angelegenheiten handelt."

§ 108 wird wie folgt geändert:

Abs. 2 erhält folgende Fassung:

a) "Die Geschäftsordnung des Großen Senats bedarf kei- ner Genehmigung des Senats."

b) Der bisherige Abs. 2 wird Abs. 3.

§ 106 wird wie folgt geändert:

Es wird folgender Satz angefügt:

"Über die Festlegung der Tagesordnung des Großen Senats werden die erforderlichen Bestimmungen in der Geschäftsordnung des Großen Senats erlassen." 10. Es wird folgender § 111a angefügt:

"(1) Für die Dauer eines Jahres ab Zugang des Genehmigungsverfahren verfahren die Fakultäten gemäß der nachfolgenden Regelung:
Art. 1 Fakultätsangehörige

Mitglieder der Fakultät sind:
1. die an ihr tätigen Hochschullehrer und die dort tätigen weiteren Mitglieder des Lehrkörpers,
2. die an ihr tätigen wissenschaftlichen Mitarbeiter,
3. die bei ihr eingeschriebenen Studenten,
4. die nachwissenschaftlichen Mitarbeiter der Lehrstühle, Institute oder sonstigen Einrichtungen der Fakultät.

Art. 2 Fakultätsorgane

1) Fakultätsorgane sind:
1. der Dekan,
2. die Weitere Fakultät,
3. die Engere Fakultät.

2) Die Fakultätsprüfung kann eine Untergruppe der Fakultäten in Sektionen (Fachbereiche, Fachgebiete) vor- sehen.

3) Der Dekan leitet die Fakultät und vertritt sie nach außen.

4) Der Weitere Fakultät gehören an:
1. alle an der Fakultät hauptamtlich tätigen Hochschul- lehrer, sowie die Vertreter der nichthauptamtlich tätigen Hochschullehrer,
2. eine gleiche Anzahl von Vertretern der im Bereich der Fakultät tätigen wissenschaftlichen Mitarbeiter (Nicht- habilitierten),
3. eine gleiche Anzahl von Vertretern der Studenten der Fakultät,
4. Vertreter der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter der Fakultät, mindestens ins Verhältnis 1:3 der durch Ziffer 1 festgelegten Zahl,
5. mit beratender Stimme die entscheidenden oder in der Ruhestandsversetzten Hochschullehrer und die Hono- rarprofessoren der Fakultät.

Die Fakultätsprüfung kann eine andere Zusammensetzung vorsehen, soweit die Beteiligungshöhenangaben nicht verändert werden.

5) Die Weitere Fakultät ist zuständig für:
1. Wahl und Abwahl des Dekans,
2. Verabschiedung und Änderung der Fakultätsausschüsse,
3. Gliederung der Fakultät in Sektionen (Fachbereiche, Fachgebiete),

(6) Die Fakultätssatzung bestimmt die Zusammensetzung der Engeren Fakultät bzw. der Sektions-(Fachbereichs-)räte, wobei die Beteiligungsverhältnisse der Weiteren Fakultät beachten werden müssen.

(7) Die der Fakultät als Organ der Hochschule übertragenen Rechte und Pflichten werden von der Engeren Fakultät wahrgenommen. Abs. 5 bleibt unberührt.

(8) § 10 Abs. 3. 4 und 6 gelten entsprechend.

Art. 3. Die Vertreter der nichthauptamtlich tätigen Hochschullehrer, der wissenschaftlichen Mitarbeiter, der Studenten und der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter in der Weiters Fakultät

(1) Die Zahl der Vertreter der an der Fakultät nichthauptamtlich tätigen Hochschullehrer beträgt: bei bis zu fünf Angehörigen dieser Gruppe 1, bei sechs bis zehn Angehörigen dieser Gruppe 2 usw.

(2) Die Vertreter gemäß Abs. 1 werden für ein Jahr bestellt. Die Bestellung erfolgt durch die entscheidende Gruppe und von der Vertretung dieser Gruppe dafür beschlossenen Regelung. Für die Anzahl der Vertreter sind die Verhältnisse zum Zeitpunkt der Bestellung maßgebend.

(3) Die Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter (Nichthauptbeamten) werden nach Maßgabe der von den wissenschaftlichen Mitarbeitern dafür beschlossenen Regelung auf die Dauer eines Jahres gewählt.

(4) Abs. 3 gilt für die Vertreter der Studenten der Fakultät sowie für die Vertreter der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter entsprechend.

(5) Die Fakultätssatzung kann Stellvertretungsvorschriften vorsehen.

Art. 4. Übergangsregelungen

(1) Bis zum Erlass der Fakultätssatzung beträgt die Zahl der Vertreter nach Art. 2 Abs. 4 Ziff. 4 ein Drittel der durch Art. 2 Abs. 4 Ziff. 1 festgelegten Zahl.

(2) An die Stelle der bisherigen Engeren Fakultät tritt bis zum Inkrafttreten der Fakultätssatzung ein Komitee. Bis zum Inkrafttreten der Fakultätssatzung, längstens jedoch bis zum 1. 12. 1969 bleibt § 30 Abs. 2 unberührt.

Dem Komitee gehören an:
1. der Dekan (ohne Stimmrecht),
2. drei Hochschullehrer der Fakultät,
3. drei wissenschaftliche Mitarbeiter der Fakultät,
4. drei Studenten der Fakultät,
5. ein Vertreter der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter der Fakultät.


(4) Der Komitetenvertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter und sein Stellvertreter, der beiden Studentenvertretern der Engeren Fakultät, sowie dem aus der Fakultät in den Großen Senat gewählten nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter.


(2) Nach Ablauf der Jahresfrist entscheidet der Große Senat mit den für Satzungsänderungen erforderlichen Verfahrensweisen, ob und gegebenenfalls in welcher Weise diese Regelungen fortgeführt werden sollen.

II.
Die Änderungen sind am Tage des Zugangs der Genehmigungsersätze an den Rektor der Technischen Hochschule Darmstadt in Kraft getreten und zwar:
1. die Änderung des § 10 Abs. 3 am 4. 2. 1969.
2. die Änderung der §§ 18 Abs. 1 Nr. 1 bis 8, Abs. 2, Abs. 5 und 6, 11 Abs. 1 und 2, 12 sowie 29 am 10. 3. 1969.
3. die Änderung der §§ 18 Abs. 1 Nr. 2, 29 sowie 103 am 18. 6. 1969,
4. die Änderung des § 11 Abs. 4 sowie 106 am 7. 7. 1969.
5. die Änderung des § 16 und die Einführung des § 111 a am 8. 8. 1969.

An das Hessische Oberbergamt in
62 Wiesbaden
und die nachgeordneten Bergämter in
43 Bad Hersfeld
35 Kassel
629 Weilburg

Richtlinien für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Bergverwaltung

Ich bitte, bei Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Bergverwaltung nach folgenden Richtlinien ab sofort zu verfahren:

Richtlinien für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Bergverwaltung

Inhaltsübersicht

I. Allgemeines
1. Ordnungswidrigkeiten und Straftatbestände
2. Zuständigkeit der Bergbehörden für den Vollzug

II. Ordnungswidrigkeiten
1. Begriffsbestimmung
2. Zusammenstellen von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten
3. Verfolgungssätze
4. Allgemeine Grundlagen der Ahndung (Versuch, Teilnahme, Vorsatz, Fehlklugheit, Irrtum)
5. Verjährung
6. Verhältnis zu Verwaltungswegsmaßnahmen

III. Das Ermittlungsverfahren
1. Ermittlungsmaßnahmen
2. Befragung der Ermittlungsbehörde
3. Stellung des Betroffenen
4. Richtlinien für die Erforschung strafbarer Handlungen durch die Bergämter

IV. Verfahren bei Zusammentreffen von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten
1. Tatmehrheit
2. Tatort
3. Mischstrafmaßgebend

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
V. Abschließende Entscheidung im Rahmen des Verfahrens

1. Einstellung
2. Bußgeldbescheid
3. Verwarnung
4. Einziehung von Gegenständen

VI. Anfechtung, Rechtskraft, Vollstreckung und Kosten

1. Anfechtung
2. Rechtsschutz
3. Vollstreckung
4. Kosten

VII. Anhang — Formblätter — Vordrucke Nrn. 1—10

I. Allgemeines

1. Die in § 207 ABG und § 4 Abs. 4 des Tiefbohrgesetzes genannten Zuwiderhandlungen sind, da sie mit Geldbuße bedroht sind, Ordnungswidrigkeiten.

Sofern nicht zu diesen Tatbeständen besondere erschwerende Umstände hinzutreten (§ 208 ABG), richtet sich ihre Verfolgung und Ahndung nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (§ 49 StGB). § 48 S. 48 ABG.

2. So wohl für die Verfolgung als auch für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten sind nach § 35 die Verwaltungsbehörden zuständig. Im Bereich bergbehördlich beaufsichtigter Betriebe ist als Verwaltungsbehörde in diesem Sinne durch § 207 Abs. 4 ABG und § 4 Abs. 4 des Tiefbohrsgesetzes das Bergamt bestimmmt. Das gilt auch für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach §§ 67, 68 und 69 des Jugendarbeitschutzgesetzes (Erl. vom 6. 10. 1960 — StAnz. S. 1277 —), § 46 des Atomgesetzes und § 58 der Ersten Schutzschutzverordnung (Anordnung vom 2. 8. 1965 — GVBl. I S. 94 —).

II. Ordnungswidrigkeiten

1. Begriffsbestimmungen


2. Zusammen treffen von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten

Von den unter Abschnitt II Nr. 1 behandelten Mischtatbeständen sind die Fälle zu unterscheiden, in denen dieselbe Handlung eine Ordnungswidrigkeit und eine Straftat darstellt (§ 17), mithin gegen zwei gesetzliche Vorschriften gleichzeitig verstoßen worden ist (Tatheit i. S. des § 73 StGB). Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn eine Zuwiderhandlung als Ordnungswidrigkeit nach § 207 ABG zu bewerten ist und zugleich einer der im Strafgesetzbuch aufgeführten Tatbestände erfüllt ist (z. B. Zuwiderhandlung gegen Vorschriften in Bergverordnungen und zugleich fahrlässige Körperverletzung, § 230 StGB). Nach § 17 Abs. 1 ist bei einem derartigen Zusammen treffen von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nur das Straftatgesetz anzuwenden (im Beispiel also der Tatbestand des Strafgesetzbuches); die Ordnungswidrigkeit darf in diesen Fällen nur geahndet werden, wenn eine Strafe nicht verhängt worden ist (die rechtlich mit der Straftat zusammenhängende Ordnungswidrigkeit wird durch den Strafrichter maßgeblich). Es ist eine Zuwiderhandlung gemäß § 208 in Verbindung mit § 207 ABG als Bergbaustraftat anzusehen und erfüllt sie gleichzeitig einen Tatbestand des Strafgesetzbuches, so verbietet es bei der Regelung des § 73 StGB.

1) §§ des Ordnungswidrigkeitengesetzes sind im folgenden ohne Gesetzesbezeichnung zitiert.

Wegen des Verfahrens bei Zusammen treffen von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten vgl. Abschnitt IV.

3. Verfolgungsgrundsätze


4. Allgemeine Grundlagen der Ahndung

a) Ist der Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit nicht zur Vollendung gekommen, so liegt Versuch vor, der nach § 8 nur dann geahndet wird, wenn das Gesetz es ausdrücklich bestimmt. Die unter Abschnitt I Nr. 2 aufgeführten Gesetze und Verordnungen enthalten allerdings keine dahingehenden Vorschriften.


d) Die Tatbestände, welche das Vorliegen einer Ordnungswidrigkeit ausschließen, sind nunmehr im wesentlichen im Ordnungswidrigkeitengesetz gesondert geregelt.

aa) So ist der Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit nicht gegeben, wenn eine tatbestandsmäßige Handlung in Notwehr begangen wurde (§ 11).

bb) Das gleiche gilt bei Vorliegen des rechtfertigenden Notstandes, wenn die tatbestandsmäßige Handlung zur Abwendung von Gefahren für höherwertige Rechtsgüter notwendig war (§ 12).

cc) Eine Ordnungswidrigkeit liegt weiter nicht vor, wenn der Betroffene bei Begehung der Zuwiderhandlung bestimmte zum gesetzlichen Tatbestand gehörende Tatumstände nicht erkannt hatte (Tatbestandsirrtum; § 6). Ist das Unkenntnis von Tatumständen jedoch ihrerseits nicht fahrlässig, so verbleibt es bei der Ahndung wegen fahrlässiger Begehung der Ordnungswidrigkeit, soweit auch fahrlässiges Handeln für ordnungswidrig erklärt ist (§ 6 Abs. 2).

dd) Das gleiche gilt, wenn sich der Betroffene über das Bestehen oder die Anwendbarkeit rechtlicher Verbotshinweise nicht geirrt hat, hier allerdings nur dann, wenn dieser Verbotsirrtum trotz Anwendung der erforderlichen Sorgfalt entstanden ist (§ 6 Abs. 3).

ee) Die Ahndung einer tatbestandsmäßig gegebenen Ordnungswidrigkeit entfällt weiter, wenn der Betroffene noch nicht strafmündig, also noch nicht 14 Jahre alt ist (§ 7 Abs. 1 OWiG L. V. m. § 1 Abs. 2 JGG) oder wenn seine Zuordnungsfähigkeit ausgeschlossen ist (§ 7 Abs. 2 und Abs. 3).
5. Verjährung

a) Nach § 27 verjährt die Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit je nach dem Höchstmaß der angedrohten Geldbuße in einem Zeitraum von 6 Monaten bis 3 Jahren. Die eingetretene Verjährung schließt aus, auch die weitere Ermittlungs tätigkeit als auch die Ahndung hinsichtlich der verjähren Ordnungswidrigkeit aus.

b) Die Unterbrechung der Verjährung setzt die nach § 27 für den einzelnen Tatbestand zu bemessende Verjährungsfrist jeweils neu in Lauf. Erreicht wird die Unterbrechung der Verjährungsfrist durch die Inspektionen oder die in § 27 genannten zusätzlichen Verfolgungsmaßnahmen, insbesondere durch die erste Vernehmung des Betroffenen oder die Bekanntgabe, daß gegen ihn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet ist; durch Erlaubnis eines Bußgeldes und durch jede richterliche Hand lung, die zur Verfolgung der Tat gegen den Betroffenen gerichtet ist. Anlaß zu einer derartigen richterlichen Handlung kann ein Ersuchen der Verwaltungsbehörde an den Amtsrichter des Bezirks, in dem die Untersuchungshandlung vorgenommen werden soll, sein. Die Befugnis zu solchen Ersuchen ergibt sich aus § 162 StPO i. V. m. § 46 Abs. 2 OWiG.

Für die Wirkung einer Unterbrechungshandlung auf die Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten gilt folgendes:

aa) Werden mehrere Tatbestände des Ordnungswidrigkeitenrechts und des Strafrechts durch Handlungen erfüllt, die, obwohl in sachlichem Zusammenhang stehend, unabhängig voneinander verwirklicht worden sind (Tatmehrheit i. S. von § 74 StGB), so ist die Ordnungswidrigkeit nicht gegenstandslos des wegen der Straftat anhängigen Strafverfahrens; es kann also sowohl neben als auch nach dieser Strafverfolgung wegen der im tatsächlichen Zusammenhang stehenden Ordnungswidrigkeit ein Bußgeldverfahren durchgeführt werden. Die Überwachung der Verjährung ist daher Sache der Bergbehörde.

bb) Liegt ein Mischtatbestand vor (vgl. oben Abschnitt II Nr. 1) oder werden Straftat und Ordnungswidrigkeit durch dieselbe Handlung begangen (Tatwürdigkeit im Sinne des § 73 StGB, § 15 OWiG, vgl. oben Abschnitt II Nr. 2) und wird zunächst das Strafverfahren betrieben, so umfaßt dieses auch die Verfolgung der darin liegenden Ordnungswidrigkeit (§ 17). Für eine weitere Verfolgung der Ordnungswidrigkeit seitens der Bergbehörde und damit für eine Verjährungsunterbrechung durch Verfolgungsmaßnahmen der Bergbehörde ist dann kein Raum, weil jede gegen die Straftat gerichtete Ermittlungshandlung der Bergbehörde oder der Staatsanwaltschaft, sofern sie verjährungsunterbrechende Charakter hat (§ 29 Abs. 1), dann auch die Verjährung der Verfolgung der Ordnungswidrigkeit unterbricht. Leicht die Staatsanwaltschaft — insbesondere bei Vorliegen von Verfahrensfehlern — eine Strafverfolgung ab oder stellt sie diese ein (§ 43), so obliegt der Bergbehörde die Verfolgung wegen der Ordnungswidrigkeit (§ 17 Abs. 2).

Hieraus ergibt sich, daß die Staatsanwaltschaft, so lange sie ermittelt, auch für die sachgemäße Verfolgung und damit für die Unterbrechung der Verjährung der Ordnungswidrigkeit verantwortlich ist (vgl. auch BGH-Deliberes vom 6.5.1965, BGHSt. 19, 300), während die entsprechende Verantwortung vor Abgabe an die Staatsanwaltschaft und nach Rückgabe von der Staatsanwaltschaft die verfolgende Bergbehörde trifft.

6. Verhältnis zu Verwaltungszwangsmaßnahmen


III. Das Ermittlungsverfahren

1. Ermittlungsstätigkeit

Im Bereich der Verfolgung von Straftaten liegt die Ermittlungsstätigkeit primär bei der Staatsanwaltschaft als dem verantwortlichen Verfolgungsorgan, den Bergämtern stehen daneben Verfolgungsaufgaben insoweit zu, als diese auch der Vollzugspolizei nach § 163 StPO übertragen sind (§ 2 Abs. 2 ABG). Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten ist dagegen in allen Sache der zuständigen Verwaltungsbehörde. Sie ist verantwortliches Ermittlungsorgan (§ 35 Abs. 1; vgl. auch oben Abschnitt I Nr. 2); sie hat in diesem Rahmen nicht nur die in § 163 StPO festgelegten Aufgaben der Polizei, sondern auch die Aufgaben und auch Befugnisse — wie sie der Staatsanwaltschaft im Bereich der Verfolgung von Straftaten nach der Strafprozeßordnung zu stehen (§ 46 Abs. 2).

Bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten sind die Bergämter also nicht an Weisungen der Staatsanwaltschaft gebunden; sie ermitteln und ahnden in eigener Verantwortung. Stellt sich jedoch während der Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit heraus, daß eine Straftat in Betracht kommt, so sind die Ermittlungsorgane des Bergamts in der Eignung der Bergämter als Hilfsorgane der Staatsanwaltschaft weiterzuführen, im übrigen ist die Sache über an die Staatsanwaltschaft abzugeben (§§ 41 OWiG, 163 Abs. 2 StPO, 152 Abs. 1 GVG).

2. Befugnisse der Ermittlungsbehörde

Im Bußgeldverfahren haben die Bergbehörden dieselben Rechte und Pflichten wie die Staatsanwaltschaft, soweit das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten keine besonderen Reglemente enthält (§§ 46 Abs. 2, § 46 Abs. 3 und 4 sehen hinsichtlich der Befugsnisse jedoch Einschränkungen vor, die anfechtungsrechtsnur seltene Fälle der Anstaltsunterbringung, Verhaftung, Beschlagnahme von Postsendungen und Telegrammen und sonstige Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit gemäß §§ 81 a Abs. 1 StPO zum Gegenstand haben.

Zu den für das Ermittlungsverfahren wesentlichen Einzelbefugnissen ist auszuweisen:

a) Die Bergbehörde kann zur Aufklärung des Sachverhalts Vernehmungen durchführen, für welche § 136 a, § 69 Abs. 3 und § 163 a Abs. 4 StPO gelten, die erstere allerdings mit der Maßgabe, daß der Betroffene nicht darauf hingewiesen zu werden braucht, daß er schon von seiner Vernehmung einen Verteidiger befreien kann (§ 55 Abs. 2 OWiG). Bei den Vernehmungen sind die Vorschriften der StPO über die Bedingung von Zeugen und Sachverständigen (§§ 48 ff., 72 StPO), über Zeugnisverweigerungerecht (§§ 33−36 StPO) und über den Gang der Vernehmung (§§ 87−89 StPO) zu beachten. Zeugen und Sachverständige sind verpflichtet, auf Ladung der Verwaltungsbehörde zu erscheinen, zur Sache auszusagen oder ihr Gutachten zu erstatten (§ 59 Abs. 1).

b) Das Recht der Bergbehörde, Auskünfte von anderen Behörden und öffentlich-rechtlichen Institutionen zu verlangen, ergibt sich aus § 161 StPO i. V. m. § 46 Abs. 2 OWiG.

c) Die Bergbehörden können auch die Vollzugspolizei zu einzelnen Ermittlungsverfahren einschalten, wobei diese gemäß § 161 Satz 2 StPO i. V. m. § 46 Abs. 2 OWiG verpflichtet ist, diesem Ersuchen nachzukommen, soweit das Bergamt die Ermittlungen nicht selbst durchführen kann.

d) Richterliche Untersuchungshandlungen kann die Bergbehörde bei dem Amtsrichter beantragen, in dessen Bezirk die Handlung vorzunehmen ist (§ 162 StPO, 157 GVG; vgl. auch oben Abschnitt II Nr. 5 b). Insbesondere wird die richterliche Vernehmung des Betroffenen oder die Verleihung von Zeugen im Bergamt in Erscheinung treten, die sich nicht nur auf das dem Bergamt nicht zugewiesene Ermittlungsverfahren beziehen. Es ist dem Ermittlungsverfahren des Bergamts nur nachzukommen, wenn die Verleihung wegen der ausschlaggebenden Bedeutung der Aussage der Beihilfe oder einer wahren Aussage für notwendig hält (§ 46 Abs. 1). c) Die Festnahme von Personen, die der Begehung von Ordnungswidrigkeiten verdächtig sind, ist nur
im Rahmen des § 54 zulässig, also nur dann, wenn je-
mand auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird und die Festnahme zur Feststellung seiner Personalauf-
forderlich ist. Das Festnahmerecht steht nur den Ange-
hörigen der Bergbehörde zu, die im Außendienst mit der Ermittlung von Ordnungswidrigkeiten betraut sind.

f) Die Anordnung der körperlichen Untersu-
chung, die Regelung des § 94 S StPO ist grundsätzlich zulässig. Sofern damit Eingriffe in die körperliche Un-
versehrtheit des Betroffenen verbunden sind, dürfen diese jedoch nur geringfügiger Art sein (§ 46 Abs. 4 OWiG).


Derartige Anordnungen sollen jedoch auf schwerwie-
gende Vorsätze beschränkt bleiben; sie dürfen von der Bergbehörde gemäß § 81 a Abs. 2 StPO auch nur an-
geordnet werden, wenn durch die Verzögerung, die durch die Durchführung einer diesbezüglichen gericht-
lchen Anordnung entstehen würde, der Untersuchungs-
erfolg gefährdet würde.

g) Die Bergbehörde hat das Recht, Gegen-
stände, die als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können oder der Einziehung unterliegen, in Ver-
wahrung zu nehmen oder sich zu erhalten (§ 94 S StPO L. v. m., § 46 Abs. 2 OWiG). Derjenige, der einen solchen Gegenstand in seinem Gewahrsum haben, ist verpflichtet, ihn auf Anforderung der Bergbehörde vorzulegen und auszuliefern (§ 95 SStPO).

Werden die Gegenstände freiwillig nicht herausgege-
ben, so kann bei Gefährdung des Untersuchungsver-
laufs auch eine notwendige und durch die Betätigung einer derartigen gerichtlichen Anordnung entstehende Vorsorge gemäß § 129 StGB. durchgeführt werden. Soweit die Beschlag-
nahmeverfügung als auch ein entsprechendes Beschlag-
nahmeurteil an den Amtsträger sind dabei so ab-
zufassen, daß die betroffenen Gegenstände genauso eindeutig bezeichnet und ihr Standort nach Möglich-
keit klargestellt ist.

3. Stellung des Betroffenen

a) Für den Betroffenen besteht keine Pflicht zur Sache auszusagen. Er muß jedoch die als Beweismittel be-
deutenden Gegenstände auf Anforderung herausgeben (vgl. auch oben Nr. 2 g). Er muß weiter die erforder-
llichen Angaben zur Person machen (vgl. § 360 Abs. 1 Nr. 8 StGB).

b) Vor Festsetzung der Geldbuße ist dem Betroffenen Rech-
tliches Gewahr zu geben, wobei es je-
doch genügt, im Friedensrichter von dem Betroffenen Gelegenheit ge-
gen wird, sich zu der Beschuldigung zu äußern (§ 163 a StPO, § 55 OWiG). Es kann ihm auch ein-
geräumt werden, sich schriftlich zu äußern. Auf die Möglichkeit der schriftlichen Äußerung ist der Betroffene regelmäßig hinzuweisen, wenn der Sach-
verhalt durch die schriftliche Äußerung aufgeklärt wer-
den und die schriftliche Äußerung der Verteidigung des Betroffenen dienen kann.

c) Der Betroffene kann sich in jeder Lage des Verfahrens den Verteidiger einfordern. Dieses Recht nicht besonders hingewiesen zu werden (§ 137 StPO, § 55 Abs. 2 OWiG). Ein Hinweis auf die Konsultation eines Verteidigers soll erfolgen, wenn die Stellungnahme von Bedeutung ist, daß der Betroffene nicht in der Lage ist, diese zu überblicken. Ist die Mitwirkung eines Verteidigers im Verfahren der Berg-
behörde geboten, so kann ausnahmsweise auch sie einen Verteidiger (Pflichtverteidiger) bestimmen (§ 60). Offensichtlich ungeeignete Personen können von der Behörde als Verteidiger zurückgewiesen werden (vgl. § 138 Abs. 2 StPO).

d) Gegen Anordnungen, Verfügungen und sonstige Maß-
nahmen der Verwaltungsbehörde kann zwar vom Be-
treffenden oder von ihm in ihren Rechten verletzten Personen Antrag auf gerichtliche Ent-
scheidung gestellt werden. Eine besondere Rechts-
behelfsbelehrung braucht insoweit nicht erteilt zu wer-
den, es sei denn, es sei der Antrag fristgebunden (§ 80 Abs. 2). Sofern die angegriffenen Maßnahmen jedoch nur zur Vorbereitung der Entscheidung, ob ein Bußgeldbescheid erlassen oder das Verfahren ein-
ge stellt wird, getroffen werden, können solche Maß-
nahmen nicht schlichtgehen, sondern nur mit den Rechts-
behelfen gegen den schließlich ergehenden Bußgeld-
bescheid angefochten werden (§ 62).

4. Richtlinien für die Erforschung strafbarer Handlungen durch die Bergämter

Für die Vernehmung des Betroffenen sowie von Zeugen und Sachverständigen gelten die Richtlinien für die Unter-
suchung von Unfällen, Schadensfällen und besonderen Er-
eignissen sowie die Erforschung strafbarer Handlungen durch die Bergämter sinnvoll, soweit die Vorschriften des Ordn-
ungswidrigkeitsgesetzes (insbesondere §§ 48, 55, 59—62, vgl. auch oben Abschnitt III Nr. 2) keine abweichenden Regelun-
gen enthalten.

IV. Verfahren beim Zusammen treffen von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten

1. Tatmehrheit

Besteht zwischen einer Straftat und einer Ordnungswidrig-
keits einen Zusammenhang, so kann die Staatsanwaltschaft auch die Verfolgung der Ordnungswidrigkeit übernehmen (§ 42). Ein Bußgeldverfahren kann dann nicht eingeleitet werden.

2. Tatenteil

Besteht zwischen Straftat und Ordnungswidrigkeit Tat-
enteil (Idealkonkurrenz im Sinne des § 73 StGB, § 17 OWiG; vgl. oben Abschnitt II Nrn. 2, 5 b, b) und ist be-
reits ein Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft an-
hängig, so ist die Bergbehörde an der Einleitung und Durch-
führungs eines Bußgeldverfahrens rechtlich gehindert. Solange die Staatsanwaltschaft ermittelt, ist ausschließlich sie für die nachzuvollziehende Verfolgung der Ordnungswidrigkeit verant-
wortlich (vgl. aber § 41 Abs. 2, § 43 Abs. 1).

Ist zunächst ein Ermittlungsverfahren bei der Bergbehörde anhängig und werden Tatsachen festgestellt, die den Ver-
dacht einer strafbaren Handlung begründen, so ist die Sache an die Staatsanwaltschaft abzugeben (§ 41 Abs. 1, § 40). Das Bergamt wird dann versuchen, dem Betätigungsvertrag nach dem Vertragsverhältnis der Staatsanwaltschaft im Strafprozessualen 
Ermittlungsverfahren tätig (§ 209 ABC) und verfährt nach den Richtlinien über die Erforschung strafbarer Handlungen (vgl. oben Abschnitt III Nr. 4).

Wird im Strafverfahren eine Strafe verhängt, so wird damit die Ordnungswidrigkeit mitgeahnd. Ein anschließendes Bußgeldverfahren ist daher ausgeschlossen (§ 17). Wird das Ermittlungs- oder Strafverfahren eingestellt oder sonst keine Strafe ausgesprochen (z. B. bei Einstellung gemäß § 170 Abs 2 StPO), also ein Abbruch des Entscheidungs- oder Verteidigungsverfahrens gemäß § 153 (StPO), so hat die Bergbehörde zu prüfen, ob eine nachträgliche Abhand der Ordnungswidrigkeit gemäß § 17 Abs. 2 in Be-
tracht kommt.

Hat dagegen das Strafgericht den Angeklagten freil-
gesprochen — und zwar nicht nur aus verfahrensrecht-
lichen Gründen, die nur hinsichtlich der Straftat nicht und auch nicht hinsichtlich des rechtlichen Gesichtspunkts der Ordnungswidrigkeit von Bedeutung sind —, so ist die Verwaltungsbehörde insoweit an die gerichtliche Entscheidung geb-
bunden, sie kann weder ermitteln noch ahnden.

3. Mischtatbestände

Bei Vorliegen eines Mischtatbestandes im Sinne von Ab-
schnitt II NR. 1 ist die Zuwiderhandlung entweder als Straf-
tat oder als Ordnungswidrigkeit zu werten. Stellt sich die Tat
nach Auffassung der Bergbehörde als strafbare Handlung dar, so sind die Ermittlungen gemäß § 47 Abs. 1 an die Staatsanwaltschaft abzugeben. Das Bergamt bleibt dann nur noch als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft tätig.

V. Abschließende Entscheidung im Rahmen des Verfahrens

I. Einstellung

Ein bereits eingeleitetes Ermittlungsverfahren, das zu keiner Ahndung führt, endet mit einer Einstellungsverfügung (§ 47 Abs. 1 OWiG, § 170 Abs. 1 StPO). Die Einstellungsverfügung ist dem Betroffenen zur Kenntnis zu bringen, wenn er nicht nur informatorisch, sondern unter ausdrücklichem Hinweis auf die ihm zur Last gelegten Ordnungswidrigkeiten als Beweisdokument vernommen worden ist (§ 170 Abs. 2 Satz 2 StPO). Allerdings kann es auch in einem besonderen Interesse des Betroffenen an der Bekanntgabe der Einstellung ersichtlich ist, ihm diese zur Kenntnis zu geben, ebenso wie ein Dritter über die Einstellung unterrichtet werden muß, wenn die Ermittlungen auf Grund einer Anzeige wegen eines Ordnungswidrigkeitsverbrechens eingeleitet worden ist (§ 170 Abs. 2 Satz 2, § 171 StPO).

a) Als Einstellungsgründe kommen insbesondere in Betracht:
   aa) der Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit ist nicht erfüllt;
   bb) die Begehung der Ordnungswidrigkeit kann einem bestimmten Täter nicht nachgewiesen werden;
   cc) die weitere Verfolgung oder Ahndung der Ordnungswidrigkeit erscheint nach dem Opportunitätsprinzip (§ 47 Abs. 1, vgl. oben Abschnitt II Nr. 3) nicht geboten;
   dd) der Betroffene ist längere Zeit abwesend (vgl. in der Regel nur einstweilige Einstellung, vgl. auch § 29 Abs. 1 Nr. 3);
   ee) die Verfolgung der Ordnungswidrigkeit ist verhältnismäßig (§ 27);
   ff) es liegen sonstige in der Person des Betroffenen liegende Verfolgungshindernisse vor;
   gg) die Bergbehörde stellt fest, daß der Abhören einer mit einer Straftat rechtlich zusammenhängenden Ordnungswidrigkeit die Feststellungen einer gerichtlichen Entscheidung entgegenstehen (vgl. oben Abschnitt IV Nr. 2).


2. Buß geldbescheid

a) Die Ordnungswidrigkeit wird im Regelfall durch Erlass eines Buß geldbescheides geahndet (§ 65).

b) Die Höhe der Geldbuße beträgt mindestens fünf DM; ihr Höchstbetrag ist im OWiG auf eintausend, in spezialgesetzlichen Regelungen, wie z. B. Berggesetz, auch höher festgelegt.

Beim Erlass des Bußgeldes ist nach § 13 zunächst die Bedeutung der Ordnungswidrigkeit und des Vorwurf, der den Täter trifft, zum Maßstab zu nehmen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters bleiben unberücksichtigt, wenn es sich um geringfügige Ordnungswidrigkeiten handelt, wenn also die verhängten Bußgelder an der untersten Grenze des Bußgeldrahmens bleiben. Die Höhe des Bußgeldes soll auf je-

den Fall den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, deutlich übersteigen.

Bei der Bemessung des Vorwurfs, der den Täter trifft, ist vor allem die Abstufung der Verschuldenformen — Vorsatz bei bewußter Mißachtung der Normen, Leichtfertigkeit, grobe Fahrlässigkeit oder nur leichte Unachtsamkeit und Vernachlässigung — zu beachten.

c) Verletzt dieselbe Handlung mehrere Gesetze, nach welchen sie als Ordnungswidrigkeit gesehen werden kann oder ein solches Gesetz mehrmals, so wird nach den Regelungen der Tatmehrheit (vgl. oben Abschnitt II Nr. 2) nur eine einzige Geldbuße festgesetzt. Dieses gilt nicht, wenn mehrere Gesetze verletzt sind, nach dem Gesetz, das die höchste Geldbuße androht (§ 15).

Sind mehrere selbständige Handlungen als Ordnungswidrigkeiten zu ahnden — Tatmehrheit —, so wird jede Geldbuße gesondert festgesetzt (§ 16).

d) Die Unterzeichnung des Bußgeldbescheides ist nicht mehr an die Funktion des Behördenleiters oder an die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst gebunden. Sie richtet sich nach dem Geschäftsverteilungsplan. Es sollte jedoch auf jeden Fall sichergestellt sein, daß Bußgeldbescheide nur von einem Beamten des höheren Dienstes unterzeichnet werden dürfen.

Die Unterschlagung hat sowohl im Entwurf als auch in der Reinschrift handschriftlich zu erfolgen.

e) Der Inhalt des Buß geldbescheides ist durch § 66 festgelegt:

aa) Die Angaben zur Person müssen Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Geburtsort sowie Anschrift des Betroffenen enthalten.

bb) Die Bezeichnung der Tat, die dem Betroffenen zur Last gelegt wird, hat in der Form zu erfolgen, daß neben Zeit und Ort der Tatbekanntmachung die gesetzlichen Merkmale der Ordnungswidrigkeit wörtlich wiedergegeben und dazu die angewendete Bußgeldvorschrift mit Angabe des Paragraphen bzw. Artikels des Gesetzes und seiner Fundstelle in den amtlichen Verkündigungsblättern bezeichnet wird.


dd) Der „Hinweis, daß der Buß geldbescheid rechtskräftig und vollstreckbar wird, wenn kein Einspruch nach § 67 eingeleitet wird“ (§ 66 Abs. 2 Nr. 1) muß den Anforderungen an eine vollständige Rechtsbehelfsbelehrung entsprechen (Formblatt Vor druck 5).

ecc) Die Zahlungsaufforderung an den Betroffenen muß über die Fälligkeit der verhängten Geldbuße, gegebenenfalls über die Möglichkeit, diese in bestimmten Teilbeträgen zu bezahlen, über das Konto, auf das die Zahlungen zu überweisen sind, über die Möglichkeit, im Falle der Zahlungsunfähigkeit schriftlich oder zur Niederschrift darzutun, weshalb die fristgenaue Zahlung nicht zumutbar ist und schließlich über die Möglichkeit, die Vollstreckung des verhängten Bußgeldes auch im Wege der Anordnung einer Erziehungshaft bis zu 6 Wochen durchzusetzen, Aufschluß (Formblatt Vor druck 5).

ff) Einer weiteren Begründung bedarf der Buß geldbescheid nicht mehr; es ist jedoch zuweilen, eine kurze Erläuterung beizufügen, weshalb z. B. in einem besonderen Streitpunkt nunmehr zu Gunsten des Betroffenen entschieden werden muß.

f) Der Bußgeldbescheid ist dem Betroffenen nach Maßgabe des Gesetzestextes des Gesetzestextes vom 4. April 1937 (GViD. S. 5) zuzustellen (§ 51). Anstelle förderlicher Zustellung kann der Bescheid auch gegen Empfangsbekennnis ausgehändigt werden (Form-
blatt Vordruck 7); hierbei kann auch die Erklärung des Betroffenen festgehalten werden, daß er auf die Einlegung eines Einspruchs verzichtet.

3. Verwarnung

a) Bei geringfügigen Ordnungswidrigkeiten kann der Betroffene verwarnet und ein Verwarnungsgeld in Höhe von 5—DM bis 50—DM erhoben werden (§ 56 Abs. 1 Satz 1; vgl. Formblatt Vordruck 8).

Die Verwarnung ist nur zulässig, wenn der Betroffene nach Belehrung über sein Verhaltensrecht mit ihm einverstanden ist und das Verwarnungsgeld entsprechen der Bestimmung der Verwarnungsliste entweder sofort oder innerhalb einer Frist, die eine Woche betragen soll, entrichtet. Eine solche Frist soll dann beglichen werden, wenn der Betroffene das Verwarnungsgeld nicht sofort zahlt, kann oder wird es höher als 5—DM ist (§ 56 Abs. 2).

Gibt der Täter die Begehung einer Ordnungswidrigkeit nicht zu oder ist die Beurteilung des Tatbestandes ohne weitere Ermittlungen nicht möglich, so kann eine Anordnung einer Ordnungswidrigkeit im Wege der Verwarnung nicht erfolgen.

Nach Zahlung des Verwarnungsgeldes kann die Tat nicht mehr als Ordnungswidrigkeit verfolgt werden (§ 56 Abs. 4). Wird die Verwarnung jedoch auf einen bestimmten tatsächlichen oder rechtlichen Gesichtspunkt beschränkt, so kann die Zuwiderhandlung bezüglich der tatsächlichen oder rechtlichen durch die Verwarnung nicht erfaßten Handlungsteile oder Gesetzesverletzungen trotzdem als Ordnungswidrigkeit weiter verfolgt werden. Die Verwarnung hindert auch die Strafverfolgung des Verwarneten wegen einer damit in Zusammenhang stehenden Straftat nicht.

b) Erfordert der Unrechtsgehalt einer Ordnungswidrigkeit ausnahmsweise nicht die Erhebung eines Verwarnungsgeldes, so kann der Betroffene mündlich ohne Erhebung eines Verwarnungsgeldes verwarnet werden.

c) Der verwarnende Beamte hat sich hinsichtlich seiner Person und seiner Ermächtigung zur Erstellung von Verwarnungen mit Verwarnungsgeld durch Vorzeigung des Dienstausweises auszuweisen (§ 57 Abs. 1).

d) Für die Erhebung und den kassen- und rechnungsmaßigen Nachweis der Verwarnungsgelder gilt folgendes:


Das Bergamt führt über die abgelieferten Beträge eine „Liste der eingenommenen Verwarnungsgelder“ (Formblatt Vordruck 9). Die abgelieferten Beträge sind, sobald sie 50—DM Überschreiten, in jeder Woche zuzüglich dem ortsüblichen Monatszuschlag auf das Postcheckkonto der Staatskasse Wiesbaden zu überweisen.
Der Einspruch kann bis zur Verkündung des Urteils in der ersten Instanz, nach dem Beginn der Hauptverhandlung je-
dochnurzumitbestimmung der Staatsanwaltschaft, zurück
genommen werden (§ 77).

2. Rechtskraft
Ein Bußgeldbescheid kann nur vollstreckt werden, wenn er rechtskräftig ist (§ 89). Die Rechtskraft tritt ein
a) nach Ablauf der Einspruchsfrist (§ 87),
b) bei Rücknahme des Einspruchs mit Eingang der Rück-
nahmeerklärung bei dem Einigamt oder, wenn die Ak-
ten bereits bei dem nach § 66 zuständigen Gericht
gegangen sind, mit dem Eingang der Erklärung bei
Gericht,
c) mit Verkündung oder Bekanntmachung der gericht-
lichen Entscheidung, soweit eine Rechtsbeschwerde
nach § 79 Abs. 1 nicht eingelegt werden kann,
d) nach Ablauf der einwöchigen Rechtsbeschwerdefrist
(§ 79 Abs. 3 und 4 OWiG in Verbindung mit § 341 StPO),
e) mit Verkündung bzw. Bekanntmachung der abschlie-
ßenden Entscheidung des Beschwerdegerichts.

Ist der Bußgeldbescheid oder die im Einspruchsverfahren erlassene Gerichtsentscheidung rechtskräftig geworden, so
cann dieselbe Tat weder als Ordnungswidrigkeit noch als Störung erster Stufe (§ 84). Eine Änderung der rechts-
kräftigen Entscheidung ist nur nach Maßgabe der Vorschrif-
ten über das Wiederaufnahmeverfahren gem. §§ 359 bis 373 a StPO möglich, eine Wiederaufnahme zu Ungunsten des Be-
troffenen ist nicht zulässig, wenn die Verurteilung nach einem Strafgesetz herbeigeführt werden soll (§ 85 Abs. 5).

3. Vollstreckung
Bußgeldbescheide werden, sofern sie nicht durch gerichtliche Entscheidung im Einspruchsverfahren verfügt sind, durch die ersichtliche Vollstreckung vollstreckt (§ 89). Die Vollstreckung setzt die Rechtskraft der Bußgeldentscheidung und die Fälligkeit der zu entrichtenden Geldbuße voraus (§§ 89, 95). Vor Fällig-
keit der Geldbuße darf eine Berleibung nur erfolgen, wenn auf die ersichtliche Vollstreckung vorausgesehen wird, daß sich der Betroffene voraussichtlich der Zahlung entscheidet (§ 96). Verwarnungen mit Verwarnungsgeld werden nicht vollstreckt. Zahl der Betroffenen das Verwarnungsgeld nicht innerhalb

der gestellten Frist, so ist ein Bußgeldverfahren einzuleiten. Die Durchführung der Vollstreckung richtet sich unabhängig

davon, ob Bundes- oder Landesrecht vollzogen wird, gem.

§ 90 Abs. 1 nach §§ 15 ff. des Hessischen Verwaltungsvo-
llstreckungsverfahrens vom 4. Juli 1908 (GVBl. I S. 151) in der

dung mit dem Gemeinsamen Erlaß des Hessischen Ministers

der Finanzen und des Hessischen Ministers der Finanzen vom 3.

Mai 1943 (GVBl. I S. 130) werden Verwaltungsakte, mit denen eine Geldleistung an das Land gefordert wird, auf

Grund einer Rückstandsanzeige der zuständigen Amts-,

mit der Finanzämter vollstreckt. Nach Eintritt der Rechts-

kraft übernimmt die Burgfriedschaft eine Ausführung des Buß-

geldbescheides an die für die Stadtverwaltung zuständige

Staatskasse Wiesbaden (Formblatt Vorderseiten 6). Auf die Aus-

fertigung ist der Tag der Rechtskraft zu vermerken. Der

Vermerk ist mit dem Dienstkleie zu versehen und zu unter-

ziehen. Im Falle der Säumigkeit ersucht die Staatskasse,

nachdem sie erfolglos gemahnt hat und der Schuldner in

schen seinen Wohnsitz hat, das für den Wohnsitz des Schuld-

ers zuständige Finanzamt, anderwärts das Finanzamt, in

dessen Bezirk der Sitz der Staatskasse ist, um Berleibung

des festgesetzten Bußgeldes sowie der durch die Zwangsvoll-

streckung entstehenden Kosten. Unter den Voraussetzungen
der erstmalige Verfügung kann das Gericht auf Antrag der Vollstreckungs-

behörde die Erzwingungschaft anordnen, und zwar ge-

gen einer Geldbuße für die Höchstdauer von 6 Wochen, wegen

mehrerer in einem Bußgeldentscheidung festgesetzter Geld-

bußen bis zu der Höchstdauer von 3 Monaten.

4. Kosten
Nach § 105 sind bestimmte Kostenvorschriften der Strafpro-

zordnung für das Bußgeldverfahren entsprechend anzu-

wenden. Gemäß § 465 StPO L. V. m. § 107 OWiG kommt

nicht die Kostenfestsetzung — ausgenommen besonders kostbare durch

schuldhaft Versäumnis des Betroffenen — nur in Frage,

wenn es zur Festsetzung einer Geldbuße gekommen ist.

Wiesbaden, 16. 12. 1969

Der Hessische Minister
Für Wirtschaft und Technik
II c I — 76 b — 02 03

StAZ. 11/1970 S. 10

19

Widmung der im Zuge der Landesstraße 3298 neugebauten
gleiche und Abstufung der Teilstrecke der bisherigen Lan-
desstraße 3298 in der Gemarkung Ehlen, Landkreis Wolf-
hagen, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Landesstraße 3298 in der Gemarkung

Ehren, Landkreis Wolfhagen, Regierungsbezirk Kassel, neu-

gebaute Straße

von km 0,004 neu (bei km 16,983 der B 251)

bis km 1,203 neu (= km 1,792 alt)

1,199 km

wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1969 für den öffentlichen

Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes


2. Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3298

von km 0,005 alt (bei km 17,619 der B 251)

bis km 1,792 alt (= km 1,203 neu)

1,787 km

verändert mit Ablauf des 30. November 1969 die Verkehrs-

bedeutung einer Landesstraße und wird mit Wirkung vom

1. Dezember 1969 in die Gruppe der Gemeindestraßen ab-

gezogen. Die Straßenaufklage für die abgestufte Straße geht zum

vollen Zeitpunkt auf die Gemeinde Ehlen über (§§ 5, 43

HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende

Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekannt-

gabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel,

Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim

Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Nieder-

schrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle erhoben

werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (dies ist

das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirt-

schaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen.
wurden mit Wirkung vom 1. Dezember 1969 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßen- 
gesetzes [HStrG]) vom 2. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Die gewidmeten Strecken gehören zu den Landessträ-
ßen und werden als Teilstrecken der Landesstraße 3387 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 
HStrG).

2. Die Teilstrecken der bisherigen Landesstraße 3387

| von km 0,114 alt bis km 0,315 alt | = 0,201 km |
| von km 0,328 alt bis km 0,541 alt | = 0,215 km |
| (= km 0,870 neu) |

verliefen mit Ablauf des 30. November 1969 die Verkehrs-
beförderung einer Landesstraße und wurden mit Wirkung vom 1. Dezember 1969 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft. Die Straßenbaulast an Straßensteilen der abgestuften Strecken, für die die Gemeinde gemäß § 41 Abs. 4 nicht be-
rechtschaft zu tragen hat (§ 3 Abs. 3 HStrG), geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Niederweimar über (§ 5, 43 HStrG).

3. Die Teilstrecken der bisherigen Landesstraße 3387

| von km 0,088 alt bis km 0,114 alt | = 0,026 km |
| von km 0,315 alt bis km 0,326 | = 0,011 km |
| (= km 0,948 neu) |
| bis km 0,969 alt (bei km 95,507 der B 3) | = 0,036 km |


Von der vorherigen Ankündigung der Einziehung vorgenannten Strecken gemäß § 6 Abs. 2 HStrG wurde abgesehen, da sie zu der Einziehung vorgesehenen Strecken in den im Planfeststellungsverfahren ausgesuchten Plänen als solche kenntlich gemacht worden sind.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekannt-
gabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Nieder-


Wiesbaden, 12. 12. 1969

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
III b 3 — Az.: 63 a 30
StAnz. I/1970 S. 17

22

Widmung einer im Zuge der Landesstraße 3379 neugebauten Strecke und Abstufung bzw. Einziehung von Teilstrecken der Landesstraße 3379 in der Gemarkung Kleinasseln, Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Landesstraße 3379 in der Gemarkung Kleinasseln, Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Strecke

| von km 15,850 neu = alt |
| bis km 15,906 neu (bei km 16,119 der L 3330) = 0,055 km |

wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1969 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßen-

2. Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3379

| von km 15,923 alt |
| bis km 16,013 alt (bei km 16,020 der L 3330) = 0,001 km |

verlief mit Ablauf des 30. November 1969 die Verkehrsbeför-

3. Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3379

| von km 15,850 alt = neu |
| bis km 15,922 alt |


Von der vorherigen Ankündigung der Einziehung gemäß § 6 Abs. 2 HStrG wurde abgesehen, da es sich hierbei um die Einziehung einer Teilstrecke im Zusammenhang mit Änderungen von unwesentlicher Bedeutung handelt.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekannt-
gabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Nieder-


Wiesbaden, 12. 12. 1969

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
III b 3 — Az.: 63 a 30
StAnz. I/1970 S. 17

23

Abstufung sowie Einziehung von Teilstrecken der Kreisstrasse 54 in der Gemarkung Mauers, Landkreis Hünfeld, Regierungsbezirk Kassel

1. Die Teilstrecken der Kreisstrasse 54 in der Gemarkung Mauers, Landkreis Hünfeld, Regierungsbezirk Kassel, werden vereinfacht des 30. November 1969 die Verkehrsbeför-
derung einer Kreisstraße (§ 3 Abs. 1 des Hessischen Straßen-

Die Straßenbaulast an Straßensteilen der abgestuften Kreis-
straßen, für die die Gemeinde gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht mehr träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinden Wommelhausen und Bischon-
fen über (§ 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekannt-
gabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Wiesba-
den, Lusenplatz 5, erhoben werden. Die Klage ist beim Ge-

Wiesbaden, 12. 12. 1969

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
III b 3 — Az.: 63 a 30
StAnz. I/1970 S. 17

24

Abstufung sowie Einziehung der Teilstrecken der Kreisstraßen 54 in der Gemarkung Mauers, Landkreis Hünfeld, Regierungsbezirk Kassel

1. Die Teilstrecken der Kreisstraße 54 in der Gemarkung Mauers, Landkreis Hünfeld, Regierungsbezirk Kassel, werden vereinfacht des 30. November 1969 die Verkehrsbeför-
derung einer Kreisstraße (§ 3 Abs. 1 des Hessischen Straßen-


Die Straßenbaulast an Straßensteilen der abgestuften Kreis-
straßen, für die die Gemeinde gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht mehr träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinden Wommelhausen und Bischon-
fen über (§ 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekannt-
gabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Wiesba-
Widmung der im Zuge der Landesstraße 3285 neugebauten Straße sowie Abstufung bzw. Einziehung von Teilstrecken der Landesstraße 3285 in den Gemarkungen Dorlar und Waldgirmes, Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die im Zuge der Landesstraße 3285 in den Gemarkungen Dorlar und Waldgirmes, Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebaute Straße
   - von km 4,931 neu (≈ km 4,930 alt)
   - bis km 6,051 neu (≈ km 6,123 alt) = 1,120 km

   Die gewidmete Straße gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3285 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3285
   - von km 4,930 alt (≈ km 4,931 neu)
   - bis km 6,123 alt (≈ km 6,051 neu) = 1,193 km

   Sie wird wie folgt abgestuft bzw. eingezogen:
   a) Die Teilstrecken
      - von km 5,760 alt bis km 5,967 alt = 0,207 km
      - von km 6,070 alt bis km 6,123 alt (≈ km 6,051 neu) = 0,053 km
   b) Die Teilstrecken
      - von km 4,930 alt (≈ km 4,931 neu)
      - bis km 5,760 alt = 0,830 km
      - von km 5,967 alt bis km 6,070 alt = 0,103 km

Wiesbaden, 12. 12. 1969

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
III b 3 — AZ.: 63 a 30

StAnz. II/1970 S. 17

Widmung einer im Zuge der Landesstraße 3071 neugebauten Straße und Abstufung bzw. Einziehung von Teilstrecken der Landesstraße 3071 in der Gemarkung Neustadt, Landkreis Marburg, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Landesstraße 3071 in der Gemarkung Neustadt, Landkreis Marburg, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Straße
   - von km 0,923 neu alt bis km 1,065 neu (= km 1,088 alt) = 0,142 km

   Die gewidmete Straße gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3071 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3071
   - von km 0,923 alt = neu bis km 1,088 alt (= km 1,065 neu) = 0,165 km

   Sie wird wie folgt abgestuft bzw. eingezogen:
   a) Die Teilstrecke
      - von km 0,965 bis km 1,035 = 0,070 km

      Die Straßenbaulast für die abgestuften Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Neustadt über (§§ 5, 43 HStrG).
   b) Die Teilstrecken
      - von km 0,923 alt = neu bis km 0,965 alt = 0,042 km
      - von km 1,035 alt bis km 1,088 alt (= km 1,065 neu) = 0,053 km


Wiesbaden, 12. 12. 1969

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
III b 3 — AZ.: 63 a 30

Wiesbaden, 12. 12. 1969

Der Hessische Minister
füir Wirtschaft und Technik
III b 3 — Az.: 63 a 30
StAnz. I/1970 S. 18

Abstufung der Kreisstraße 175 zwischen Ober-Roden und dem Ortsteil Messenhausen, Landkreis Dieburg, Regierungsbezirk Darmstadt

Die zwischen Ober-Roden und dem Ortsteil Messenhausen, Landkreis Dieburg, Regierungsbezirk Darmstadt, verlaufende Kreisstraße 175

von km 0,000 (bei km 4,118 der B 45)

bis km 1,505

= 1,505 km


Die Straßenbauten an Straßenzügen der abgestuften Strecken, für die die Gemeinde gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbauten war, gehen dem ersten Zeitpunkt auf die Gemeinde Ober-Roden über. Die vorgesehene Umstufung wurde der Gemeinde Ober-Roden bereits Anfang 1969 gemäß § 5 Abs. 4 HStrG angekündigt.


Wiesbaden, 16. 12. 1969

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
III b 3 — Az.: 63 a 30
StAnz. I/1970 S. 19

Bauschutzbereich für den militärischen Landeplatz Fm-Bonomes

1. Auf Grund des § 17 in Verbindung mit § 30 Abs. 2 des Luftverkehrsgesetzes in der Fassung vom 4. November 1968 (BGBl. I S. 1113) hat der Bundesminister der Verteidigung für den militärischen Landeplatz Fm-Bonomes bestimmt, daß die für die Erteilung einer Baugenehmigung zuständige Behörde die Errichtung von Bauwerken im Umkreis von 1,5 km Halbmesser um den durch folgende Koordinaten (System Potsdam-Bessel — Ellipsoid) bestimmbenen Bezugspunkt, der 102 m über NN liegt, nur mit Zustimmung der Wehrbereichsverwaltung IV in Wiesbaden, Moltkering 9, genehmigen darf.


Wiesbaden, 15. 12. 1969

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
III a 1 — Az.: 66 m 14 01
StAnz. I/1970 S. 19

Verlust eines Dienstausweises

Der durch das Hessische Straßenbauamt Kassel am 31. 3. 1961 ausgestellte Dienstausweis Nr. III/138 des beim Hessischen Straßenbauamt Kassel beschäftigten Kraftfahrers Walter Tegeder, geb. am 25. 9. 1922, wohnhaft in Hofgeismar, Neue Straße 12, 1. in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 12. 12. 1969

Hessisches Landesamt für Straßenbau
1121 — 7 — 24
StAnz. I/1970 S. 19
Rechtliche Abgrenzung von Sozialhilfe und Jugendhilfe

Bezug: Erlaß vom 19.9.1963 — IV b (1) 50 a — 0803 — / — V b 52 b — 04 — 07


Für den Förderschulbesuch ist zu gewähren:

a) Hilfe zur Erziehung gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit §§ 8 Abs. 2, 81 und 13 WJG sowie § 1 der Fürsorgezusagenvereinbarung durch die Träger der Jugendhilfe, sofern es sich um volksschulpflichtige Jugendliche handelt,

b) Ausbildungshilfe gemäß § 31 Abs. 3 BSHG durch die Träger der Sozialhilfe (§ 8 in Verbindung mit §§ 103 ff. BSHG), sofern es sich um nicht mehr volksschulpflichtige Jugendliche handelt.

Im übrigen ist zu beachten, daß der Nachrang der Sozialhilfe gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 BSHG nur gegenüber solchen gleichartigen Leistungen anderer Stellen besteht, die auf Rechtsvorschriften beruhen. Rechtsvorschriften in diesem Sinne sind z. B. nicht die Richtlinie Nr. 6 des Hessen-Jugendplanes über die Gewährung von Beihilfen (Stipendien) zur Ausbildung für die hauptamtliche Tätigkeit in der Jugendhilfe sowie die Bestimmungen des Bundes-Jugendplanes über den sogenannten Garantiefonds. Die Träger der Sozialhilfe können Ansprüche auf die im § 31 ff. BSHG somit nicht unter Hinweis auf den Hessen-Jugendplan oder Bundes-Jugendplan an die Träger der Jugendhilfe verweisen.


Wiesbaden, 15. 7. 1969

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
II A 2 a — 50 a 08 — II B 52 a 18
SIAnz. 11/1970 S. 20

31

An die Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt und Kassel

Dienstanweisung für die hessische Gewerbeaufsichtsverwaltung vom 24. Juli 1959 (SIAnz. S. 923);

hier: Regelung der Zusammenarbeit zwischen der Gewerbeaufsichtsverwaltung und den Betriebsvertretungen

Um das Zusammenwirken der Gewerbeaufsichtsverwaltung mit den Betriebsvertretungen auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes zu fördern, wird die Dienstanweisung für die Gewerbeaufsichtsverwaltung wie folgt geändert:

1. In § 9 wird folgender Abs. 5 eingeführt:

„(5) Die Bediensteten der Gewerbeaufsichtsämter müssen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes mit den Betriebsvertretungen (Betriebsräten, Personalvertretungen) eng zusammenwirken.“

2. Nach § 12 wird folgender § 12a eingefügt:

§ 12 a


(2) Vor Beginn einer Besichtigung ist auch die Betriebsvertretung zu unterrichten. Wird ausnahmsweise dem Arbeitgeber eine Besichtigung vorher angekündigt, ist so auch der Betriebsvertreter so rechtzeitig mitzuteilen, daß es ihm möglich ist, ein oder mehrere Betriebsvertretungskommissare daran teilnehmen zu lassen.

(3) Ist bei Besichtigungsbeginn kein Mitglied der Betriebsvertretung anwesend, so werden die Bediensteten des Unternehmers auf darauf hingewiesen. § 58 des Betriebsverfassungsgesetzes und entsprechende Vorschriften der Personalvertretungsverordnung.

(4) Der Bedienstete hat im Besichtigungszug (Besichtigungstagesbuch, Betriebskartekarte) zu vermerken, welche Betriebsvertretungszusteller und in welchem Umfang diese an der Besichtigung teilgenommen haben. Gibt die Besichtigung Anlaß zu Revisionsschreiben oder Verfügungen, so übersendet der Bedienstete der Betriebsvertretung eine Abschrift. Darin sind die Teile wegzulassen, die ein Betriebsgeheimnis betreffen, auf der der Unternehmer den Bediensteten bei der Besichtigung hingewiesen hat.

(5) Abs. 2 bis 4 gelten auch für den Fall, daß die Besichtigung einer Unfalluntersuchung dient.

(6) Der Bedienstete, der einen Betrieb oder eine Baustelle besichtigt, hat der Betriebsvertretung Gelegenheit zu geben,

1. ihn über Mängel auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes zu unterrichten und

2. ihm vorzuschlagen, auf welche Weise die Mängel behoben und Maßnahmen zur Vorbereitung des Arbeitsschutzes getroffen werden können.

Der Bedienstete hat die Betriebsvertretung auf ihren Wunsch in Fragen des Arbeitsschutzes zu beraten.

(7) Ist beim Gewerbeaufsichtsamt beantragt worden von Arbeitsschutzvorschriften eine Ausnahme, so bewilligen, so hat das Gewerbeaufsichtsamt der Betriebsvertretung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, und ihm eine Abschrift der Entscheidung zu übersenden.

(8) Werden von einer Behörde der Gewerbeaufsichtsverwaltung sicherheitstechnische Regelungen (Richtlinien, über noch nicht geregelte Gegenstände, Merkblätter) erarbeitet und ist zu erwarten, daß hierbei die Erfahrungen bestimmter Betriebsvertretungen verwertet werden könnten, so hat die betreffende Dienststelle eine Stellungnahme dieser Betriebsvertretungen einzuholen.“

3. § 11 Abs. 3 wird gestrichen.


Ich bitte, die Staatlichen Gewerbeaufsichtsamter hierüber zu unterrichten und sie anzuweisen, die neuen Vorschriften genau zu beachten. Mehrabdrucke sind beigefügt.

Wiesbaden, 4. 12. 1969

Der Hessische Sozialminister
M I C — Az.: 7 d 06.01.05 53 a 06.07.10
SIAnz. 11/1970 S. 20
32
An die Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt und Kassel
Tierkörperbesichtigung:

hier: Überwachung der TKB-Anstalten und bakteriologische Untersuchung der Erzeugnisse aus TKB-Anstalten

Nach § 14 Abs. 1 der Zweiten Durchführungsverordnung zum Tierkörperbesichtigungsgesetz vom 17. April 1939 (RGBI. I S. 807) ist der Betrieb der Tierkörperbesichtigungsanstalten durch die beamten Tierärzte zu überwachen.

Zur Durchführung dieser Vorschriften wird folgendes bestimmt:


4. Die Staatlichen Veterinäruntersuchungsämter in Frankfurt am Main und Kassel stellen die angeforderten Beutel für die zu entnehmenden Proben zur Verfügung. Die bakteriologische Untersuchung der Proben soll sich auf Milzbrand- und Rauschbrandbazillen sowie Salmonellen beschränken.

5. Im einzelnen ist beim Aufbereiten der Proben in etwa wie folgt zu verfahren:

a) Grobes Ausgangsmaterial ist zu zermürben. Das Mengenverhältnis zwischen Aufschwemmung bzw. Anreichерung und Material soll 5 zu 1 betragen.

b) Für die Untersuchung auf Milzbrandbazillen ist das Material 15 bis 20 Minuten auf 80° C zu erhitzen und anschließend in einer geeigneten Flüssigkeit (z. B. Fleischbouillon) aufzuschwemmen. Von der Aufschwemmung sind Agar- und Blutagarplatten zu impfen.

Der Mäuseversuch ist nur in Zweifelsfällen anzusetzen. Der Einsatz der Olistabemethode nach CONRADI ist in das Ermessen der Staatlichen Veterinäruntersuchungsämter gestellt.


6. Die Staatlichen Veterinäruntersuchungsämter in Frankfurt am Main und Kassel berichten mir bis zum 10. Januar für das vergangene Jahr über die Untersuchungen nach folgendem Muster:

<table>
<thead>
<tr>
<th>TKB-Anstalt</th>
<th>Probenzahl</th>
<th>Art der ermittelten Keime</th>
</tr>
</thead>
</table>

Wiesbaden, 8. 12. 1969

Der Hessische Sozialminister

III B 3 — 19 d 06 — 3572 — Nr. 249
StAnz. I/1970 S. 21

33
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Dienst- bzw. Arbeitsbefreiung zur Teilnahme am 5. Hessischen Landesturnfest in Kassel


Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Finanzen.

Wiesbaden, 28. 11. 1969

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
I B 2 — 10 a — 2200/69

StAnz. I/1970 S. 21

35
Anderung der Postanschrift des Hess. Forstamts Schönstein

Das Hess. Forstamt Schönstein hat ab sofort folgende Postanschrift:

Hess. Forstamt Schönstein
3578 Treysa, Landkraftpost

Wiesbaden, 9. 12. 1969

Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Forsten
I B 2 — 1748 — O 06

StAnz. I/1970 S. 21

34
Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern
e) Regierungspräsidenten in Kassel

ernannt:
zum Regierungsdirektor Oberregierungsrat Wolfgang Ey (3. 11. 1969);

zum Oberregierungsrat Regierungsrat Karl-August Haag (3. 11. 1969);

zum Regierungsamtsmann Regierungsoberinspektor Wilhelm Groß (1. 12. 1969);

zum Regierungsoberinspektoren die Regierungsinspektoren Heinrich Blumenstein (3. 11. 1969), Helmut Neurath (1. 12. 1969);
zum Polizeikommissar Polizeikommissar Fritz Schröder (30.10.1959);
zur Regierungsinspektoren (BaL) die Regierungsinspektoren
z. A. Friedrich-Wilhelm Droste (27.10.1959), Franz-Otto Eichenberg (27.10.1959), Leonhard Karger (28.10.1959), Wilfried Klaus (27.10.1959), Manfred Makrocki (27.10.1959), Karl-Heinz Schäfer (27.10.1959), Dietrich Schlüter (27.10.1959);
zur Regierungsinspektoren die Regierungsinspektoren z. A. Jürgen Englert (27.10.1959), Gerhard Poesch (27.10.1959);
zur Regierungsinspektoren-Anwärterin (BaW) Verwaltungspraktikantin Christa Klein (27.11.1959);
berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
- Regierungsinspektorin Sigrid Schütter (23.10.1959);
entrissen:
- Regierungsinspektor-Anwärterin Bärbel Sander geb. Arends (auf Antrag mit Ablauf des 24.11.1959);
ernannt:
zu Regierungsamtmann Regierungsobersanitätsarzt Ernst Merle, LA Frankenberg (27.10.1959);
zur Regierungsinspektoren (BaL) die Regierungsinspektoren
ten zu A. Hans-Dieter Herdt, LA Ziegenhain (28.10.1959), Hans Becker, LA Ziegenhain (29.10.1959), Günter Schäfer, LA Hofgeismar (27.10.1959), Wilhelm Appel, LA Kassel (27.10.1959);
zum Regierungsinspektor Regierungsinspektor z. A. Hermann Brand, LA Marburg/Lahn (23.10.1959);
bei der Landeskriminalpolizei
erannt:
zu Kriminalhauptmeister Kriminalobermeister (BaL) Karl Gebhardt, Staatliches Kriminalkommissariat Bad Hersfeld (23.10.1959);
zum Kriminalmeister (BaL) Hans-Joachim Bothof, Staatliches Kriminalkommissariat Kassel (24.10.1959);
bei der staatlichen Schutzpolizei
erannt:
zur Polizeimeister unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Polizeihauptwachtmeister Peter Kurras, Landrat PK Marburg (30.10.1959), Karl Heinz Günther, PVvB Kassel (27.10.1959);
berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
- die Polizeimeister (BaP) Wilhelm Reineke, Landrat PK Waldeck (31.10.1959), Bodo Walker, Landrat PK Waldeck (17.10.1959);
in den Ruhestand versetzt infolge Dienstunfähigkeit:
bereffen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
zu Polizeimeister (BaP) Dieter Roese, Landrat PK Waldeck (18.11.1959), Adolf Radler, PVvB Bad Hersfeld (24.11.1959);
in den Ruhestand versetzt infolge Dienstunfähigkeit:
Kassel, 12.11.1959
Der Regierungspräsident
P 1 Az.: 7c 16 03 B
St.Az. 1/1970 S. 21

D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen
erannt:
a) Ministerium
zu Ministerialdirigenten Regierungsdirektor (BaL) Dr. Josef Durstewitz (12.11.1959);
zum Regierungsdirektor Oberregierungsrat (BaL) Hans Westheimer (27.11.1959);
zum Oberregierungsrat die Regierungsrätin BaL) Martin Kemm (27.11.1959), Werner Löber (27.11.1959);
zum Oberregierungsrat z. A. Verwaltungsschreiber Friedrich Bühm (2.12.1959);
zum Amtsrat Regierungsratsmann (BaL) Walter Emig (18.11.1959);
zur Regierungsratsmann die Regierungsoberinspektoren (BaL) Heinrich Achenbach (18.11.1959), Hans-Karl Hoffmann (18.11.1959), Helmut Schmidtman (18.11.1959);
zum Regierungsoberinspektor Regierungsratsmann (BaL) Horst Grebe (18.11.1959);
zum Regierungshauptsekretär Regierungsobersekretär (BaL) Heinrich Diehl (18.11.1959);

b) Staatliche Kassenverwaltung
zu Regierungsratsmann Regierungsoberinspektor (BaL) Helmut Volz (11.11.1959);
zum Regierungsoberinspektor Regierungsratsmann (BaL) Gustav Spiller (2.12.1959);
zum Regierungsratsmann (BaL) Regierungsratsmann z. A. Helmut Stalla (3.11.1959);
zum apl. Lehrer bzw. zur apl. Lehrerin (BaP) die LAB

zu den Lehrerinnen (BaP) die LAB Deger Schauble, Baunatal 1, Kassel;
die Lehrerinnen Luzie Schmolke, Breitenbach, LK Ziegenhain (1. 11. 1969), Marie Stein-Blackert, Marburg a. d. L. (1. 11. 1969); entlassen:
Lehrerin Renate Stock, Vöhl, LK Frankenberg (21. 10. 1969), die apl. Lehrerinnen Elke Ball, Kassel (1. 11. 1969), Elena Corelli, Kassel (1. 11. 1969), Margret Vanecek, Fulda (1. 11. 1969), die apl. Fachlehrerin für musiktechnische Fächer Mochthilde Behra, Raboldshausen, LK Frickel-Homberg (1. 10. 1969); Im höheren Schuldienst ernannt:
Stud.-Ass. Imme Crooms, Frankenberg/E. (17. 10. 1969); Im Berufs-, Berufssach- und Fachschuldienst ernannt:

36 KASSEL

Regierungspräsidenten

Auflassung des Standesamtsbezirks Wasenberg und Zusammenschluß mit dem Standesamtsbezirk Triesy


Kassel, 28. 11. 1969

Der Regierungspräsident

37

Auflassung des Standesamtsbezirks Niente und Zusammenschluß mit dem Standesamtsbezirk Oberkauferungen


Kassel, 27. 11. 1969

Der Regierungspräsident
Kassel, 1. 12. 1969

Der Regierungspräsident
I 3 Az.: 21 b 04 A

* Vereinbarung

Nachdem es sich auf Grund bestehender Erfahrungen als notwendig und zweckmäßig erwiesen hat, die örtliche Zuständigkeit der Polizei des Regierungsbezirks Hildesheim auf den im Bereich des Regierungsbezirks Kassel gelegenen Teilabschnitt der Bundesautobahn zwischen km-Stein 282 und 284 zu übernehmen, wird zwischen dem Regierungspräsidium in Hildesheim, einerseits, und dem Landrat des Landkreises Witzenhausen, andererseits, folgende Vereinbarung getroffen:

Artikel 1


Artikel 2


Artikel 3

3. Dieser Vertrag tritt sofort nach seiner Unterzeichnung in Kraft.

Der Vertrag kann von jedem Vertragspartner unter Einhaltung einer Frist von einem Monat gekündigt werden.

Witzenhausen, 28. 6. 1957

Der Landrat des Landkreises Witzenhausen:

gez. Brübach

Im Auftrag
gez. Bergen

StAnz. S. 26
1 Güterrechtsregister

Neuintertrag


2 Neuintertrag


3 Neuintertrag


4 Neuintertrag


5


6 Frankfurt (Main), 4. 12. 1969

Zum „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“

1970

Montag, den 5. Januar 1970

Amtsgericht

646 Gelnhausen, 16. 12. 1969

Amtsgericht


Amtsgericht

7 Neuintertrag


11 Vereinsregister


13 Liquidation


Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf je 210,— DM.


6208 Bad Schwabach, 1. 12. 1969

Amtsgericht

26

Beschluss

2 K 26/69: Das im Grundbuch von Bad Schwabach, Band 50, Blatt 1481, eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Schwabach, Flur 23, Flurstück 107/258, Hof- und Gebäudeläche, Brünnstraße 27, Größe 1,33 Ar,

- a) Dr. med. Wilhelm Kissel, Rüdesheim, zu 1/3
- b) Philipp Kissel, Königstein, zu 1/3
- c) Ingrid Kroupa, geb. Kissel, Michelbach, zu 1/3
- d) Roswitha Kissel, Bad Schwabach, zu 1/4

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt: 650,00,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwabach, 8. 12. 1969

Amtsgericht

27

Beschluss

2 K 27/68: Das im Grundbuch von Babenhausen, Band 58, Blatt 2789, eingetragene Grundstück, Gemarkung Babenhausen, lfd. Nr. 2, Gemarkung Babenhausen, Flur 1, Flurstück 280/1, Hof- und Gebäudeläche, Ludwigstraße 5, Größe 3,79 Ar,


Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden mit 252,00,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 11. 12. 1969

Amtsgericht

28

Beschluss

8 K 16, 20, 21, 22, 24/69: Die im Grundbuch von Langenauach, Band 41, Blatt 1400, eingetragenen Grundstücke,
lfd. Nr. 19, Gemarkung Langenauach, Flur 18, Flurstück 13/13, Hof- und Gebäudeläche, am Lindenberg 1, Größe 5,17 Ar,
lfd. Nr. 20, Gemarkung Langenauach, Flur 18, Flurstück 13/23, Hutung, Lin- denauach, Größe 2,88 Ar,


Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden:
- für lfd. Nr. 11 auf 74,000,— DM; lfd. Nr. 12 auf 84,000,— DM; lfd. Nr. 17 auf 75,500,— DM;
- lfd. Nr. 18 auf 79,000,— DM; lfd. Nr. 25 auf 61,500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwabach, 8. 12. 1969

Amtsgericht

29

Beschluss

84 K 72/69: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Alb. Höchst, Band 152, Blatt 4094, eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 1, Gemarkung Schwamheim, Flur 8, Flurstück 1359/3, Hof- und Gebäudeläche, Sichterstraße o. Nr., Größe 12,24 Ar,
soll am 25. Februar 1970, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Großefiedberger Straße 7-11, Zimmer 307, V. Stock, versteigert werden.


Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 394,000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 15. 12. 1969

Amtsgericht, Abt. 84

30

Beschluss

K 20/69: Das im Grundbuch von Wohnbach, Band 7, Blatt 513, eingetragene Grundstück,
lfd. Nr. 84, Gemarkung Wohnbach, Flur 2, Flurstück 226, Lieg.-B. 505, Ackerland, stößt auf den Heckweg, Größe 14,94 Ar,
soll am 6. März 1970, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Zimmer Nr. 32, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. Mai 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks):
- a) Landwirt Hans Ludwig Hamburger, Wohnbach;
- b) dessen Ehefrau Waltraud, geb. Krats, dasselbe, zu je 1/2

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 3380,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

635 Friedberg (Hessen), 17. 12. 1969

Amtsgericht

31

Beschluss

K 125/68: Das im Grundbuch von Gelnhausen, Band 16, Blatt 439, eingetragene Grundstück,
lfd. Nr. 1, Gemarkung Gelnhausen, Flur M, Flurstück 314, Grünland, auf der Halter Aue, Größe 30,43 Ar,
soll am Freitag, dem 20. Februar 1970, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.


Der Wert des Grundstückes wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 4500,— DM.

AUF die Sammelbekenntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 4. 12. 1969

Amtsgericht

32

Beschuß


Der Wert des Grundstückes ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 47500,— DM.

AUF die Sammelbekenntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 15. 12. 1969

Amtsgericht

35


Idf. Nr. 4, Gemarkung Gronau, Flur 22, Flurstück 133/43, Ackerland, auf dem Berg, Größe 12,68 Ar.

am 18. 2. 1970, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hanau, Neuballe 17, Zimmer 18, versteigert werden.


Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: für B.V. Nr. 1 auf 70000,— DM; für B.V. Nr. 2 auf 22000,— DM; für V.B. Nr. 4 auf 5000,— DM.

Bieten haben auf Verlangen Sicherheit in Höhe von 10% des Bargeldes zu leisten.

Auf die Sammelbekenntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

645 Hanau, 12. 19. 1969

Amtsgericht, Abt. 41

34


Eingetragener Eigentümer am 23. Februar 1969, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hanau, Neuballe 17, Zimmer 18, versteigert werden.


Bieten haben auf Verlangen Sicherheit in Höhe von 10% des Bargeldes zu leisten.

Der Wert des Erbbaurechts ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 35000,— DM.

AUF die Sammelbekenntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

645 Hanau, 22. 12. 1969

Amtsgericht, Abt. 41

35


am 17. Februar 1970, um 10.30 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 143 (Saalbau), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.


Auf die Sammelbekenntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 17. 12. 1969

Amtsgericht

36


Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für das Grundstück Idf. Nr. 11 auf 33600,— DM; für das Grundstück Idf. Nr. 30 auf 18144,— DM.

AUF die Sammelbekenntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

624 Königstein (Taunus), 12. 12. 1969

Amtsgericht

37


Der Wert des Grundstückes ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 165000,— DM.

AUF die Sammelbekenntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

621 Königstein (Taunus), 15. 12. 1969

Amtsgericht

38


Der Wert des Erbbaurechts ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 36000,— DM.

AUF die Sammelbekenntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

642 Lauterbach (Hessen), 15. 12. 1969

Amtsgericht
soll am 22. April 1970, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lauterbach, Königberger Straße Nr. 8, Zimmer Nr. 103 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. 4. / 20. 7. 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks):
1. Kaufmann Horst Alexander Friedrich, in Maar, Schulstraße 15;
2. seine Ehefrau Eli Olga Friederike, geb. Honert, daselbst, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 6270,-- DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

46 Lauterbach (Hessen), 15.12.1969

Amtsgericht

40

K 8/69: Das im Grundbuch von Ober-Widdersheim, Band 21, Blatt 697, eingetragene Grundstück,
Nr. 1, Gemarkung Ober-Widdersheim, Flur 3, Flurstück 236/2, Bauplatz, Am Hasenpfad 10, Größe 8,62 Ar,
soll am Donnerstag, 12. 5. 1970, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. April 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Eheleute Baggerführer Herbert Gottwals und Gertrud, geb. Albrecht, Ober-Widdersheim, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 4400,-- DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

4631 Nidda, 11.12.1969

Amtsgericht

41

Beschuß

K 38/69: Das im Grundbuch von Klein-Krotzenburg, Band 92, Blatt 2871, eingetragene Grundstück,

4731 Seligenstadt (Hessen), 12.12.1969

Amtsgericht

42

K 30/69: Das im Grundbuch von Schupbach, Band 10, Blatt 599 A, eingetragene Grundstück,

Iff. Nr. 1, Gemarkung Schupbach, Flur 6, Flurstück 102, Hof- und Gebäudefläche, Größe 4,90 Ar,
soll am 25. Februar 1970, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Wertheim, Mauerpfeiler 22, Zimmer 24, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. Okt. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks):

4511 Wertheim, 17.12.1969

Amtsgericht

43

K 39/69: Die im Grundbuch von Ehningenhausen, Band 65, Blatt 2983, eingetragenen Grundstücke,

Iff. Nr. 1, Gemarkung Ehningenhausen, Flur 20, Flurstück 75/1, Hof- und Gebäudefläche, Größe 0,16 Ar,

Eingetragener Eigentümer am 12. Dez. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Kaufmann Heinrich Kiehl, in Klein-Krotzenburg.

Der Wert des zu versteigenden Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 37000,-- DM.

Kaufleute haben auf berechtigten Verlangen eines Beteiligten Sicherheit in Höhe von 10 v. H. des Bargebots zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wertheim, 16.12.1969

Amtsgericht

44

Beschuß

61 K 44/69: Die Ideelle Hälfte des im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 233, Blatt 7398 A, eingetragenen Grundstücks,

Iff. Nr. 3, Flur 37, Flurstück 378/1, Hof- und Gebäudefläche, Größe 4,99 Ar,

Eingetragener Eigentümer dieser Hälfte am 8. Juni 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Raumfahrt Carin, Wiesbaden.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 130000,-- DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 11.12.1969

Amtsgericht

45

Andere Behörden und Körperschaften

Öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain für das Rechnungsjahr 1970

1. Auf Grund des § 12 der Satzung der Regionalen Planungs-

§ 1 Der Haushaltplan wird festgesetzt

a) im ordentlichen Haushalt

in der Einnahme auf

1 023 500 DM

in der Ausgabe auf

1 023 500 DM

b) ein außerordentlicher Haushalt wird nicht aufgestellt.

§ 2 Die Verbandsumlage wird auf 300000 DM festgesetzt. Die auf die einzelnen Verbandsmitglieder entfallende Umlage wird gemäß § 13 Abs. 2 der Satzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain auf der Grundlage der von dem Hessischen Minister der Finanzen veröffentlichten Umlagegrundlagen erhoben.

§ 3 Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im laufenden Rechnungsjahr zur zeitweiligen Leistung von Ausgaben des ordentlichen Haushaltplanes in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 50000 DM festgesetzt.

II. Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Teile.

III. Der Haushaltplan liegt gemäß § 12 der Satzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain in Verbindung mit § 53 der Hessischen Landkreisordnung und § 117 Abs. 5 der Hessischen Gemeindeordnung vom 1. 1. 1970 bis einschließlich 15. 1. 1970 in der Geschäftsstelle der Regionalen Planungs-
gemeinschaft Untermain, Frankfurt am Main, Wilhelm-Leuschner-Str. 88, öffentlich aus.

Frankfurt am Main, 22. 12. 1969

Prof. Dr. Brundert

Verbandsvorsitzender
46

Tierseuchenbeiträge 1970

Die nach § 13 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Viehseuchengesetz (GVBL. S. 18/1968) von den Besitzern beitragspflichtiger Tiere zu entrichtenden Beiträge zur Hessischen Tierseuchenkasse betragen für das Jahr 1970:

- für Rindvieh jeden Alters: 2,- DM
- für Schweine, bis acht Wochen alt: 0,50 DM
- über acht Wochen alt: 1,- DM.


Für Einhufer, Schafe, Ziegen, Hühner und Bienenvölker werden Beiträge nicht erhoben.

Mit den Beiträgen sind auch die Kosten der Landesgebietsimpfung 1970 (MKS-Schutzimpfung aller über sechs Wochen alten Rinder) abgegolten.


Die Beiträge werden am 16. 2. 1970 fällig; die Erhebung erfolgt durch die Gemeinden.

62 Wiesbaden, 15. 12. 1969

Hessische Tierseuchenkasse
Der Vorstand

48

Dillenburg: Für den Bau der L 3832 Ehringshausen — Kösenhau sen (BAB-Anschluß) (Baulänge rd. 1,5 km) sollen u. a. vergeben werden:

c. 10 000 cbm Erdbewegung
c. 6 000 t kombinierte Frostschaufel- und Tragwucht aus Schotter-Splitt-Brechsandgemisch
c. 10 000 qm bit. Tragwucht
c. 12 000 qm bit. Decke (Binder und Asphaltbeton) Bauzeit: 150 Werktage

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenersparnis in Höhe von 10,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatsebkasse Weilburg (Posteschekonto Fm. Nr. 6829) unter Angabe der Zweck bestimmung einzuzahlen.


64 Dillenburg, 12. 12. 1969

Hessisches Straßenbauamt

49

Die Gemeinde 6104 Jugenheim a.d. Bergstraße, Landkreis Darmstadt, 4200 Einwohner, Ortsklasse A, sucht zum nächstmöglichen Termin einen Beamten des mittleren Dienstes,

(Besoldungsgruppe A 7/8 HBes. G.)

für die Hauptverwaltung, Aufklärungsaufgaben nach A 9 ist gegeben.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisausschnitten usw. erbeten an

Gemeindevorstand der Gemeinde Jugenheim 6104 Jugenheim a. d. Bergstraße Hauptstraße 14

Berater und Lieferer

bei staatlichen und kommunalen Baumaßnahmen

ELEKTRO-KERN ANLAGEN- UND GERÄTEBAU

Ausbildung sämtlicher Hochspannungs-, Starkstrom-, Neon- und Amantennanlagen, Reparaturen, Projektierungen

FRANKFURT/MAIN-Nied - Mainzer Landstraße 691 tel. 31 31 32

DIPL.-ING. SCHUEERMANN u. MARTIN

Beratende Ingenieure VBI - Tiefbautechnisches Büro

AUSBAU - REPARA TUR - ENTWURF

KANALISATION

WASSERERGEBNISSE

SANITÄRBAU

WIESBADEN

Adolfsstraße 14 - Tel.-So.-Nr. 27 05 85, 27 06 86

BAULEITUNG

Möbel und Krankenhausmöbel
Dunlopillo und Spez-Matratzen
Bettwäsche

GROSSHANDEL

TEIPPEL + EV

Seit 1872

63 GIENESSE

Marktplatz 2 - 1, Stock

Postfach 71236

Bettwaren
Gardinen und Bodenbeläge
Hotelporzellan